

Wöchentlich 76 Pf., monatlich 2,20 M.  
(davon 67 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Postbesug 3,97 M., einschließlich 60 Pf.  
Postgebühren und 72 Pf. Postbefrei-  
gungen. Auslandsabonnement 5,95 M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Druckfrachtenposten 4,60 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen  
höherer Gewalt besteht kein Anspruch  
der Abonnenten auf Ersatz.

Ercheinungswerte und Anzeigenpreise  
siehe am Schluß des redaktionellen  
Teils.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch  
28. September 1932  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 298-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkschekkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Dist.-Bez., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

## Das neue Berlin.

### Die neue Bezirkseinteilung. — Neun Großstädte. Man will zwei Millionen sparen.

Vor den Vertretern der Berliner Presse ver-  
kündete gestern Oberbürgermeister Dr. Sahn das  
Programm des Magistrats zur Umgestaltung  
der Reichshauptstadt. Bürgermeister  
Sahn und Stadtrat Dr. Feuer erläuterten die  
für die zukünftige Entwicklung Berlins entschei-  
denden Beschlüsse des Magistrats.

Nach dem Vorschlag des Magistrats soll die Viermillionen-  
stadt Berlin künftig aus neun Bezirken gebildet werden,  
die in ihrer Struktur und nach ihrer Einwohnerzahl Groß-  
städten gleichen würden. Um einen besonderen City-  
bezirk, der aus den bisherigen Bezirken Mitte, Tiergarten  
und Kreuzberg bestehen wird und dessen Einwohnerzahl die  
Millionengrenze erreicht, sollen sich in strahlenförmiger An-  
ordnung die übrigen acht Bezirke gruppieren.

Vollkommen umgebildet werden soll die Verfassung  
der Bezirke. An die Stelle des bisherigen Zweikammer-  
systems wird das Einkammersystem treten, wie es vor  
allem die bayerische Städteordnung vorsieht. Die Bezirks-  
versammlungen werden also in ihrer heutigen Gestalt ver-  
schwinden. Organe der Verwaltungsbezirke werden der  
Bürgermeister und das Bezirksamt sein, das neben  
dem Bürgermeister aus den von der Bevölkerung gewählten  
Bezirksräten besteht.

Der Oberbürgermeister trat den Gerüchten entgegen, die  
von einem Einverständnis des Berliner Stadtoberhauptes  
mit den Erlässen des Herrn Bracht wissen wollten. Er ver-  
sicherte, daß er weder direkt noch indirekt Dr. Bracht zu diesen  
Erlässen veranlaßt oder von den Maßnahmen vorher Kenntnis  
gehabt habe. Die jetzige Vorlage bilde vielmehr den  
Schlußstein des Programms für die Reorganisation der  
Berliner Stadtverwaltung, an dem der Magistrat seit langem  
intensiv arbeitet. Das Ultimatum, das den 15. Oktober als  
letzten Tag der „Gnadensfrist für Berlin“ festgelegt hatte,  
dürfte nach den Mitteilungen des Oberbürgermeisters korri-  
giert werden. Man will Berlin bis zum 1. November Zeit  
lassen, das Reformwerk selbst zu gestalten.

Die neugeschaffene Ortsfassung für Berlin hat die  
Arbeitsteilung und die Abgrenzung der Zuständigkeiten  
zwischen der Zentralverwaltung und den Bezirken geregelt.  
An diesen grundsätzlichen Entscheidungen will auch die neue  
Vorlage nichts ändern. Bei der Neuaufteilung hat man es  
nach Möglichkeit vermieden, die bestehenden Bezirke ausein-  
anderzureißen, man hat vielmehr die aneinander grenzenden  
Stadtteile zu größeren Gebilden vereinigt. Für die Bevöl-  
kerung soll aus der Zusammenlegung keine Erschwerung er-  
wachsen, weil überall Ortsamtsstellen erhalten  
bleiben und neu eingerichtet werden sollen.

Die neugeschaffenen Bezirksverwaltungen werden sich  
nach ihrer Einwohnerzahl sowohl wie nach ihrem Flächen-  
maß stark gleichen. Eine Ausnahme macht der „City-  
Bezirk“, der aus den bisherigen Bezirken Mitte, Tier-  
garten und Kreuzberg bestehen wird. Der zweite  
Bezirk soll aus Wedding und Reinickendorf ge-  
bildet werden. Der bisherige Bezirk Prenzlauer  
Berg mit dem anschließenden Bezirk Pankow und den  
Ortsteilen Weißensee und Malchow wird zum Be-  
zirk 3 zusammengefaßt. Der bisherige Bezirk  
Weißensee wird insofern auseinandergerissen, als Teile  
des Bezirkes nach Osten mit Pichtenberg und  
Friedrichshain zum neuen Bezirk 4 verbunden  
werden. Der Bezirk 5, der aus Köpenick und  
Treptow ohne den alten Ortsteil Treptow bestehen  
wird, erhält im neuen Verwaltungsplan den größten  
Flächeninhalt bei der niedrigen Einwohnerzahl von 165 000,  
während die übrigen Bezirke meist eine halbe Million  
Menschen umfassen. Dieser Bezirk 5 wird also der kleinste  
Bezirk Berlins werden. Im Süden Berlins wird die Neu-  
einteilung schwieriger, weil hier nicht, wie im Norden und  
Osten, die Bezirke so eng aufeinander grenzen. Als frühere  
Großstadt wird der Bezirk Neukölln wie bisher bestehen  
bleiben, ihm wird nur noch der alte Ortsteil Treptow zu-  
geteilt. Im Südosten sollen zwei Bezirke aus bisher fünf  
Bezirken geschaffen werden. Der Plan sieht für den Be-  
zirk 7 den Zusammenschluß der bisherigen Bezirke Zehlendor-  
f, Steglitz und Tempelhof vor. Wilmers-  
dorf und Schöneberg sollen gleichfalls einen Bezirk,  
den Bezirk 8, bilden. Schließlich sollen noch Charlotten-

burg und Spandau als 9. Bezirk zusammengefaßt  
werden.

Bisher bildeten in Berlin die Verwaltungen der Bezirke  
mit ihrem Zweikammersystem eine Kopie der Zentralverwal-  
tung. Für die Stadtverordnetenversammlung fungierte als  
Beschluß- und Aufsichtsorgan die Bezirksversammlung und  
an Stelle des Magistrats das kollegiale Bezirksamt. Zukünftig  
ist der Bürgermeister Vorstand des Verwaltungsbezirks und  
zugleich Vorsitzender des Bezirksamtes, das aus den  
Bezirksräten besteht. Die Bezirksräte werden nach den  
allgemein für die Stadtverordnetenwahlen geltenden Vor-  
schriften für die gleiche Wahlzeit wie die Stadtverordneten  
gewählt. Für die Verwaltungsbezirke mit weniger als  
500 000 Einwohner sollen 24 Bezirksräte, für die Bezirke,  
deren Einwohnerzahl eine halbe Million übersteigt, sollen  
30 Bezirksräte gewählt werden. Dieses aus den Bezirksräten  
und dem Bürgermeister bestehende Bezirksamt ist nunmehr  
ein Verwaltungsorgan, das nicht öffentlich tagt. An  
die Seite des Bürgermeisters treten noch Stadträte, deren  
Zahl sich je nach der Größe der Bezirke richten soll. Man  
rechnet mit einer Durchschnittszahl von sieben Stadträten für  
den Bezirk. Die unbesoldeten Stadtratsstellen  
fallen vollkommen fort. An dem Verhältnis der Stadt-  
gemeindevverwaltung und ihrer Organe zu den Verwaltungs-

bezirken und deren Organen werden kaum Veränderungen  
vorgenommen.

Fürs erste rechnet der Magistrat für den Fall, daß seine  
Vorlagen Gesetzeskraft erhalten, mit einer Ersparnis von  
jährlich 2 Millionen Mark.

Der Beschluß des Magistrats ist in allen seinen Einzel-  
heiten gestern auch den Führern der Stadtverordne-  
tenfraktion mitgeteilt worden. Die Stadtverordneten-  
versammlung wird sich am Dienstag zum ersten Male mit  
den wichtigen Vorlagen zu beschäftigen haben. Nach den be-  
stehenden Gesetzesbestimmungen bedürfen die Vorschläge des  
Magistrats, um Gesetzeskraft zu erhalten, nicht nur der Zu-  
stimmung der Stadtverordneten, sondern auch der Zustim-  
mung der von der Neueinteilung betroffenen Bezirksver-  
sammlungen.

Es ist die Aufgabe der Stadtverordneten, das  
Reformprogramm nach allen Seiten hin zu überprüfen und  
dort zu verändern, wo sich Schäden für die Bevölkerung her-  
ausstellen könnten. Die erstrebte Vereinfachung und  
Verbilligung der Verwaltungsmaschinerie der Welt-  
stadt Berlin würde sich sehr bald als Utopie erweisen, wenn  
nicht nach allen Seiten hin Sicherungen gegen Bürokrati-  
sierung und Schematisierung der Verwaltung  
geschaffen werden.

## Stahlhelmpogrom in Breslau.

### Deutschnationale Kundgebung gesprengt. — Stahlhelmer viehisch mißhandelt.

Breslau, 27. September. (Eigenbericht.)

Die Breslauer Deutschnationalen hatten für Dienstag-  
abend eine öffentliche Kundgebung mit Graef und Freitag-  
Loringhagen als Redner nach dem Konzerthausaal einbe-  
rufen. Schon zu Beginn wurde die Versammlung von den außer-  
ordentlich zahlreich anwesenden Nationalsozialisten gestört.

Die Hakenkreuzler verursachten einen ohrenbetäubenden Lärm  
und brüllten das Horst-Wessel-Lied in den Saal, so daß die  
Redner nicht zu Worte kamen.

Nachdem der Krach ungefähr eine halbe Stunde gedauert hatte,  
ließ der Versammlungsleiter die Tribüne räumen. Dabei wurde ein  
nationalsozialistischer Schreier leicht verletzt. Die Störungen der  
Nazis gingen jedoch auch nach den Eingriffen der Polizei weiter.  
An mehreren Stellen des Saales wurden Tränengasbomben  
geworfen. Vor dem Saaleingang explodierte ein Feuerwerks-  
körper. Die Hakenkreuzler summten, hüstelten, schrien im Chor,  
so daß die Ausführungen der Referenten größtenteils im Lärm  
untergingen.

Unterdessen sammelte sich vor dem Konzerthaus auf der Garten-  
straße eine riesige Menge. Bei Beendigung der Versammlung  
fielen die Nationalsozialisten, unter denen sich auch  
zahlreiche SA-Mitglieder in Uniform befanden, über die Stahl-

helmer her und bedachten sie mit Schimpfwörtern wie „Stahl-  
helmschweine“, „Papen-Halunken“.

Häuser von Hakenkreuzern stürzten hinter einzelne Stahlhel-  
mlute her und schlugen sie in der viehischsten Weise zu Boden.

Da immer neue Hakenkreuzrowdys hinzuströmten und ernsthaft  
Ausdrückungen drohten, mußten die Stahlhelmer unter  
polizeilichem Schutz nach Hause gebracht werden.  
Der Lärm auf der Straße steigerte sich dann erneut, als die Führer  
der Deutschnationalen und des Stahlhelms das Konzerthaus ver-  
ließen. Zu weiteren Zusammenstößen kam es jedoch nicht.

Die Polizei räumte die Straßen und machte mehrmals gegen  
die hakenkreuzerischen Tumultuanten vom Gummiknüppel Gebrauch.  
Zahlreiche Nationalsozialisten, darunter auch einige  
Frauen, wurden von der Polizei in Haft genommen. Erst  
gegen Mitternacht trat wieder Ruhe auf den Straßen ein.

### 29 Nazis verhaftet.

Wie die Pressestelle des Breslauer Polizeipräsidiums mitteilt,  
wurden im Verlaufe der Unruhen, die sich am Dienstagabend nach  
dem Versuch der Nationalsozialisten, die deutschnationale Versamm-  
lung im Konzerthausaal zu sprengen, in der Gartenstraße ab-  
spielten, insgesamt 29 Personen festgenommen. Die  
Verhafteten sind ausnahmslos Nationalsozialisten.

## Papen als Zeuge.

### Die Vorgänge bei der Reichstagsauflösung vor dem Untersuchungsausschuß.

Die Dienstausführung des Ueberwachungsauusschusses des Reichs-  
tages in seiner Gestalt als Untersuchungsausschuß fand unter star-  
kem Andrang der Öffentlichkeit statt.

Abg. Torgler (Komm.) erklärt, daß seiner Partei daran liege,  
eine politische Auseinandersetzung in Anwesenheit des Reichskanzlers  
zu führen. Der Redner beantragt Umstellung der Tagesordnung  
und zunächst in Anwesenheit des Reichskanzlers in die Beratung  
der Notverordnungsanträge einzutreten.

Abg. Dr. Frank II (Nazi): Die nationalsozialistische Fraktion  
legt größtes Gewicht darauf, daß wir möglichst rasch zur Verneh-  
mung der Zeugen kommen. Infolgedessen darf ich bitten, den An-  
trag abzulehnen. Wir haben kein Verständnis für die  
Aufregung der Kommunisten, die schon mehr ein Fieber-  
zustand ist. (Abg. Torgler (Komm.): Rühmern Sie sich nicht um  
unser Aufregung. Sie haben ja schon das kalte  
Fieber!)

Darauf wird der kommunistische Antrag auf Umstellung der  
Tagesordnung gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Ausschuß tritt in die Zeugenvernehmung ein, und zwar  
wird zunächst Reichskanzler v. Papen aufgerufen.

Reichskanzler v. Papen: In dem ersten Teil der Sitzung, als  
der Reichstagspräsident den Antrag auf Aenderung der Tages-  
ordnung zur Abstimmung stellte, hat er nach meiner Auffassung  
nicht festgestellt, daß durch das Unterbleiben des Einspruchs dieser  
Antrag auf Aenderung der Tagesordnung angenommen sei. Als  
daher nach Ablauf der halben Stunde die Sitzung wieder eröffnet  
wurde, nahm ich ohne weiteres an, daß der Reichstagspräsident zu-  
nächst formell über den Antrag Torgler noch einmal abstimmen

lassen würde. Das ist nicht erfolgt. Nach meiner Erinnerung hat  
der Reichstagspräsident, nachdem die Sitzung wieder eröffnet war,  
und ich auf meinem Stuhl Platz genommen hatte, nur gesagt: „Da  
sich Widerspruch nicht erhoben hat, kommen wir jetzt zur Abstim-  
mung über den Antrag Torgler.“ Ich war mir einen Augen-  
blick darüber im unklaren, ob es sich um den formellen  
Antrag Torgler handeln würde, den Antrag zur Tagesordnung,  
oder um den materiellen Antrag. Ich habe aber, da ich mit den  
parlamentarischen Gebräuchen nicht ganz unbekannt bin, aus der  
Redemendung „da sich Widerspruch nicht erhoben hat“ ersehen,  
daß es sich bereits um den materiellen Antrag handele. Daraufhin habe  
ich mich sofort erhoben und habe um das Wort ge-  
beten. Der Reichstagspräsident machte eine abwehrende Geste  
und sagte nach meiner Erinnerung: „Zu spät! Wir sind in der  
Abstimmung.“ Daraufhin habe ich mich noch einmal ge-  
meldet. Zunächst ist in der Zwischenzeit Staatssekretär  
Pland, der vorn neben dem Rednerpult saß, zum Reichstags-  
präsidenten hingetreten, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß  
ich mich zum Wort gemeldet hatte. Als das keinen Erfolg hatte,  
habe ich mich ein zweites Mal zum Wort gemeldet,  
worauf der Herr Reichstagspräsident gesagt hat: „Wir sind in der  
Abstimmung!“ Darauf bin ich auf meinen Platz zurückgekehrt  
und habe das Auflösungsdekret auf meinen Tisch gelegt, weil ich  
keine Möglichkeit hatte, zu Worte zu kommen und selbst das Auf-  
lösungsdekret zur Kenntnis des Reichstages zu bringen.

Reichstagspräsident Göring: Nach dem Stenogramm und nach  
der Schallplatte ergibt sich, daß ich — ohne Unterbrechung des  
Wortlautes — gesagt habe: „Nachdem sich vorher kein Widerspruch



gegen die neue Tagesordnung geltend gemacht hat, kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Anträge Torgler. Wir stimmen ab." Es war also hier für den Reichstanzler gar keine Möglichkeit, aufzustehen, sondern ihr Aufstehen, Herr Reichstanzler, erfolgte, nachdem ich sagte: "Wir stimmen ab."

Abg. Pfleger (Bayer. Sp.) fragt den Reichstanzler, warum er nicht während der Pause den Versuch gemacht habe, seine Wortmeldung einzureichen.

Reichstanzler von Papen: Aus dem einfachen Grunde, weil ich annahm, daß der Antrag Torgler abgelehnt würde.

Der Reichstagspräsident hoffte mir zwei Tage vor der Sitzung gesagt, er würde dafür sorgen, daß die Regierungserklärung vom Hause entgegengenommen würde. Ich hatte keinen Zweifel, daß alles programmäßig verlaufen würde und war selbst völlig überrascht.

Abg. Dr. Hoegner (Soz.): Bestand die Absicht, die Auflösung schon vor der Aussprache über die Regierungserklärung vorzunehmen oder bestand die Absicht, den Reichstag nach der Aussprache aufzulösen?

Reichstanzler: Von vornherein bestand überhaupt nicht die Absicht der Auflösung. Das ergibt sich ja schon aus der Vereinbarung mit dem Reichstagspräsidenten.

Außerdem hatten wir die Hoffnung, daß trotz der scharfen Gegensätze doch noch ein *modus vivendi* zwischen Reichstag und Regierung zustandekommen würde.

Dr. Hoegner: Die Auflösungsurlaube haben Sie sich erst während der Sitzungsunterbrechung verabschiedet? — Reichstanzler: Jawohl! — Dr. Hoegner: Es bestand also die Absicht, den Reichstag auf jeden Fall bei Wiederbeginn der Sitzung aufzulösen? — Reichstanzler: Nein! Ich habe angenommen, daß der Reichstagspräsident dem Chef der Regierung die Möglichkeit geben würde, wenigstens die Regierungserklärung zu verlesen.

Abg. Torgler (Komm.): War ein Bestandteil der Abmachungen zwischen dem Reichstanzler und dem Reichstagspräsidenten etwa auch die Einbringung eines Antrages wegen einer halben Stunde Pause, falls etwas Unvorhergesehenes eintritt? (Heiterkeit.) Und wie hat der Reichstanzler selbst die halbe Stunde Pause empfunden, vielleicht als eine Rettungsaktion?

### Die Unterredung Göring-Papen.

Reichstagspräsident Göring: Zwischen unserer Unterredung und dem Reichstagszusammentritt lagen über acht Tage, nicht drei Tage. Wir sprachen über den Modus der Regierungserklärung und der Debatte, die sich daran knüpfen würde. Ich habe in der Unterredung nicht gesagt, ich würde Ihnen unter allen Umständen das Wort erteilen, denn ich konnte nicht wissen, was für Anträge kommen.

Ich habe Ihnen allerdings versprochen, daß ich alles tun würde, damit Sie und die anderen Regierungsmitglieder keinerlei ungewollten Angriffen ausgesetzt wären.

Aber ich kann nicht das andere Versprechen abgegeben haben. Auf die Frage des Herrn Hoegner, ob das Dekret erst in dieser Pause unterschrieben worden sei, sagten Sie "Jawohl!"

Reichstanzler: Rein! Auf die Frage, ob es herangeholt werden sei.

Reichstagspräsident Göring: Herr Reichstanzler, ist es Ihnen nicht aufgefallen, daß ich nach Eröffnung der Sitzung eine ganze Zeit gemartet habe, bis die Regierung Platz genommen hatte? Ich hätte ja nach der Geschäftsordnung gar nicht auf das Erscheinen der Regierung zu warten brauchen. Es ist nämlich behauptet worden, daß an der Eingangstür zur Regierungsbank jemand in Ihrem Auftrag auf mich gemartet habe, um mir zu sagen, daß sich der Reichstanzler zum Wort melde und daß ich aus diesem Grunde den Weg durch das Plenum genommen hätte. Das stimmt nicht, es war von mir nicht beabsichtigt, dieser Mitteilung aus dem Wege zu gehen. Und welche Mitteilung soll ich nun einem Zentrumsobergeordneten gemacht haben?

Abg. Hoegner (Soz.): Ihnen sei loben die Mitteilung zugegangen, der Reichstag werde unter allen Umständen aufgelöst werden.

Reichstagspräsident Göring: Rein, es ist nur besprochen worden, ob die Abstimmung jetzt oder nach Schluß der Debatte durchgeführt werden sollte, und ich habe erst, als ich allein zu meinem Platz ging, und als das Dekret schon da lag, gesagt: Ich habe den bestimmten Eindruck, daß der Reichstanzler den Reichstag auflösen will. (Abg. Torgler (Komm.): Woher hatten Sie denn den Eindruck?) Ich brauche Ihnen ja den Herrn nicht zu nennen. (Abg. Torgler: Also doch eine Mitteilung!).

Reichstanzler v. Papen: In unserem Gespräch habe ich Sie wiederholt gebeten, doch nach einem Wege zu suchen, der uns eine Art von Zusammenarbeit ermöglichte. Ich habe Ihnen keinen Zweifel darüber gelassen — das stimmt durchaus —, daß die Regierung entschlossen war, falls über die Aufhebung der Notverordnungen oder über einen Mißtrauensantrag abgestimmt würde, den Reichstag aufzulösen.

Aber ich habe Sie ebenso eindringlich gebeten, einen Weg zu suchen, um das zu verhindern, und wir wären übereingekommen, daß zunächst einmal die Regierungserklärung vor sich gehen sollte und dann die Debatte.

Ich habe also nicht im entferntesten daran denken können, daß es der Regierung unmöglich gemacht werden würde, ihre Erklärung zu verlesen. Nun hat der Reichstagspräsident gesagt, er habe sich in einer Zwangslage befunden, nachdem der formelle Antrag Torgler angenommen gewesen sei. Mir ist aber nachträglich bekannt geworden, daß Prälat Leicht nach Beratung mit anderen Parteien entschlossen gewesen sei, den Antrag einzubringen, die alte Tagesordnung wieder herzustellen. Ich beziehe mich auch auf die Mitteilungen, die der Reichstagspräsident der Presse hat zugehen lassen.

Abg. Volkensdörfer (Nat.-Soz.): Es steht einwandfrei fest, daß bei dem Erscheinen im Saal die gesamte deutsche Reichsregierung sich verbindlich löschend vor der Fremdenloge verneigt hat. Wir haben damals schon ihr Verhalten als eine Beleidigung des gesamten deutschen Volkes empfunden.

### Die entscheidende Pause.

Abg. Frank II (Nat.-Soz.): Wann wurde denn eigentlich die Auflösungsorder unterzeichnet. Diese Frage wird das deutsche Volk sehr interessieren. Erfolgte sie in der halbständigen Pause oder war sie bereits unterzeichnet bei Beginn der Sitzung?

Reichstanzler von Papen: Ich bedauere, die Reugierde des Abgeordneten nicht befriedigen zu können.

Abg. Torgler (Komm.): Wie hat der Reichstanzler die Pause, die von dem Abg. Fricke beantragt wurde, aufgefaßt? Hat er die Pause als im Rahmen der Verständigung mit dem Reichstagspräsidenten gelegen aufgefaßt?

Reichstanzler von Papen:

Ich bin der Auffassung gewesen, daß der Reichstagspräsident und seine politischen Freunde versuchen würden, in der Pause jemanden zu finden, der Einspruch erheben würde.

Abg. Erling (Ztr.) schildert kurz die Vorgänge in der Sitzungspause. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen Zentrum, Bayerischer Volkspartei und Nationalsozialisten wollte Abg. Leicht den Antrag stellen, die Abstimmung erst am Schluß der Debatte herbeizuführen. Da sei kurz vor Beginn der Sitzung nicht der Reichstagspräsident, sondern der Abg. Dr. Fricke gekommen und habe gesagt, die Nationalsozialisten hätten ganz positive bestimmte Nachrichten bekommen, daß es überhaupt nicht zur Abstimmung kommen, sondern der Reichstag sofort aufgelöst würde. Die Nationalsozialisten würden sich deshalb an dem Antrag Leicht nicht mehr beteiligen. Unter

diesen Umständen habe er keinen Zweifel mehr gehabt, den Antrag noch zu stellen.

Abg. Dreher (Nat.-Soz.): Der Abg. Torgler hatte schon im Kellerterrat seinen Antrag angekündigt, und dort hatte auch Herr Dr. Oberfohren erklärt, daß er Widerspruch erheben würde. Durch diesen Wortbruch des Abg. Oberfohren (Heiterkeit) und der Deutschnationalen ist der Reichstanzler verhindert worden, die Regierungserklärung abzugeben.

Es entspinnt sich dann zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Reichstanzler nochmals eine lange Auseinandersetzung über die Frage, in welchem Zeitpunkt der Kanzler den Arm zur Wortmeldung erhebe. Der Kanzler erklärt, daß er das noch vor den Worten: "Wir stimmen ab!" getan habe. Ich war allerdings der Auffassung, so betont der Reichstanzler, daß, wenn Sie den Willen gehabt hätten, die Regierung zum Wort kommen zu lassen, Sie hätten anders verfahren müssen. Nach allgemeiner Auffassung war durchaus die Möglichkeit gegeben, zu Beginn der Sitzung nochmals die Frage zu stellen, ob ein Widerspruch gegen den kommunistischen Antrag erhoben werde. Und dann wäre der Antrag Leicht gekommen, und die Dinge hätten ihren normalen Lauf genommen.

Präsident Göring erwidert, daß ihm inzwischen mitgeteilt worden sei, die Regierung würde unter keinen Umständen die Abstimmung zulassen.

Abg. Dr. Oberfohren (Dnat.): Erstens werden im Kellerterrat überhaupt keine Beschlüsse gefaßt und hochpolitische Abmachungen nicht getroffen. Und im übrigen habe ich einen Widerspruch nur dagegen angekündigt, daß eine Aenderung der Tagesordnung im Sinne einer Neuaufsetzung erfolge, und zwar auf die Erklärung des Reichstagspräsidenten hin, man könne doch nicht eine Regierungserklärung unumwiderrlich in die Welt gehen lassen. Ich habe es auch gar nicht nötig, derartigen Abmachungen Folge zu leisten.

In der Festschreibung meiner Partei und meiner Person lag die Auflösung des Reichstags. Die habe ich erreicht, und wenn die Herren Nationalsozialisten mir dabei dienlich gewesen sind, ist das ihre Sache. (Hört, hört! und Bewegung.)

Reichstagspräsident Göring: Im Kellerterrat hat Dr. Oberfohren keine so schwungvollen Reden gehalten, sondern nur gesagt: In Ihrem Interesse rate ich Ihnen von diesem Antrag ab. Und ferner

hat Dr. Oberfohren zum Schluß erklärt: Ich jedenfalls werde den Anträgen Torgler widersprechen! (Widerspruch des Abg. Dr. Oberfohren.)

Abg. Dr. Frank II (Nat.-Soz.): Es war also Oberfohrens Absicht, den Reichstag aufzulösen. Papen ist gar nicht gefragt worden, sondern Herr Oberfohren hat es angeordnet. (Heiterkeit.) Herr Reichstanzler, werden Sie künftig, nachdem die Rechtslage jetzt für Sie klar ist, vor dem Zwischenaustritt erscheinen oder wird Ihre bedingte Weigerung aufrecht erhalten?

Die Antwort des Reichstanzlers bleibt unverstänlich. Damit ist die Vernehmung des Reichstanzlers beendet. Als Herr v. Papen sich erhebt, um den Saal zu verlassen, kommandiert ein Nationalsozialist: Die Deutschnationalen aufstehen! — Große Heiterkeit.

Es folgt die Vernehmung des Reichsinnenministers Freiherrn von Gagl.

Reichstagspräsident Göring: Haben Sie beobachtet, daß in dem Augenblick, wo ich das Wort "Abstimmung" gesprochen habe, der Reichsaußenminister den Reichstanzler angestoßen hat?

Minister von Gagl:

Das habe ich nicht bemerkt. Ich wollte anspringen, bin aber an einem Schlüssel hängen geblieben.

Der nächste Zeuge ist Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Pfand. Ueber die Vorgänge im Kellerterrat sagt der Zeuge, er hatte den Eindruck, daß eine Aenderung der Tagesordnung mehreren Parteien nicht recht gewesen wäre. Von verschiedenen Seiten sei die Erwartung ausgesprochen worden, daß Widerspruch erfolgen würde. Auf eine Frage des Reichstagspräsidenten hin, man könne doch nicht eine Regierungserklärung unumwiderrlich in die Welt gehen lassen. Ich habe es auch gar nicht nötig, derartigen Abmachungen Folge zu leisten.

Ich glaube, das hat der Abg. Torgler gesagt.

Er erklärt weiter, daß sich der Abg. Oberfohren dazu nicht geäußert habe.

Es folgte weiter die Vernehmung von Zeugen, die von der Publiktribüne, teils von der Journalistentribüne aus die Vorgänge verfolgt hatten. Die Aussagen enthielten nichts Neues.

Damit schließt die Beweisaufnahme. Nach einer Pause soll in die Beweiswürdigung eingetreten werden.

## Die Abstimmungen.

Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung nahm am Dienstag in später Abendstunde als Ergebnis der Beweisaufnahme über die Vorgänge in der letzten Reichstagsitzung mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und des Vertreters der Bayerischen Volkspartei gegen die Stimmen der Deutschnationalen zunächst einen auf Wunsch des Zentrums-abgeordneten Wegemann erweiterten nationalsozialistischen Antrag an, wonach der Ausschuß feststellt:

„Reichstanzler von Papen hat sich erst zum Wort gemeldet, nachdem die Abstimmung vom Reichstagspräsidenten bereits eröffnet war. Das Verhalten des Präsidenten entsprach sowohl der Reichsverfassung als auch der Geschäftsordnung des Reichstages. Der Reichstanzler hatte die Möglichkeit gehabt, sich rechtzeitig zum Wort zu melden.“

Aus den Ausführungen des Reichstanzlers als Zeuge in Verbindung mit einer im Ausschuß abgegebenen Erklärung des Führers der deutschnationalen Fraktion ergibt sich für den Ausschuß die Feststellung, daß die Reichsregierung unter allen Umständen entschlossen war, den Reichstag nach vor der Abstimmung über die Aufhebung von Notverordnungen und über Mißtrauensanträge zur Auflösung zu bringen.“

In der Abstimmung folgte nun ein sozialdemokratischer Antrag, der verschiedene Feststellungen zum Ziel hat. — Angenommen wurden zunächst folgende zwei Punkte:

1. Absicht des Reichstanzlers war, seine Regierungserklärung abzugeben und die Debatte stattfinden zu lassen, aber vor einer Abstimmung über Anträge auf Aufhebung der Notverordnung und Mißtrauensanträge die Auflösung des Reichstages herbeizuführen.

2. Da dem Antrag des Abg. Torgler (Komm.) auf sofortige Abstimmung ohne Beratung zuerst niemand widersprach, erkannte der Reichstanzler die Möglichkeit, daß sofort abgestimmt werde.

Abgelehnt wurden der dritte und vierte und fünfte Punkt:

3. Die auf Antrag des Abg. Dr. Fricke (Nat.-Soz.) beschlossene Unterbrechung der Sitzung gab dem Reichstanzler die Möglichkeit, die Auflösungsverfügung herbeizuführen.

4. Trozdem der Reichstanzler hiernach mit der Möglichkeit sofortiger Abstimmungen rechnete, hat er sich weder während der Sitzungspause noch bei der Eröffnung der Sitzung zum Wort gemeldet, sondern erst nach Beginn der Abstimmung, weil er auf Grund seiner Besprechungen mit dem Reichstagspräsidenten eine Abstimmung nicht für bevorstehend hielt.

5. Die Auflösungsurlaube ist dem Reichstagspräsidenten über-

geben worden. Die Auflösung ist im Augenblick der Uebergabe wirksam geworden. Die danach zu Ende geführten Abstimmungen sind staatsrechtlich unwirksam. — Ihre politische Bedeutung bleibt bestehen.

Angenommen wurde schließlich der letzte Punkt des sozialdemokratischen Antrags:

6. Unbeschadet dieser Feststellungen hält der Ausschuß an der schon am 13. September 1932 beschlossenen Auffassung fest, daß die Auflösung des Reichstags vom 12. September 1932 dem Sinn und Geist der Reichsverfassung widerspricht.

Ferner wurde ein kommunistischer Antrag folgenden Wortlaute angenommen:

„Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben. — Die Notverordnung über die Einrichtung von Sondergerichten ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben; ebenso sind aufzuheben die bisher von diesen Sondergerichten verhängten Urteile.“

Für den Antrag stimmten die Nationalsozialisten und Kommunisten.

Mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten wurde folgender Antrag des Abg. Dr. Frank II (Nat.-Soz.) angenommen:

„Der Reichspräsident wolle die Notverordnung zur Belegung der Wirtschaft vom 4. September aufheben.“

Auch ein sozialdemokratischer Antrag fand Annahme; er lautet:

„Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Belegung der Wirtschaft vom 4. September 1932 und die auf Grund dieser Verordnung erlassene Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 sind außer Kraft zu setzen.“

Jetzt wurde mit den nationalsozialistischen, kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen ein kommunistischer Zusatzantrag angenommen, der dahin geht, daß alle auf Grund dieser Notverordnungen bereits getroffenen Maßnahmen zurückzuziehen sind und daß ferner die Reichsregierung unverzüglich vor dem Ausschuß zu erscheinen habe.

Mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten wurde noch ein kommunistischer Antrag angenommen, der mit sofortiger Wirkung die Aufhebung der Notverordnung vom 19. September und die Rückgängigmachung der Zollerhöhungen für Heringe fordert. Bei der Gegenprobe wurden keine Stimmen dagegen abgegeben.

### Verhandlungen über Kontingentierung

Die Notverordnungen über die Zinshilfe für die Landwirtschaft und den Volkstreckungsschutz vom Reichspräsidenten unterzeichnet.

Der Reichspräsident hat am Dienstagabend die in der Rede des Reichsernährungsministers, Freiherrn von Braun, am Montag in München angekündigten Notverordnungen über die Zinslenkung für landwirtschaftliche Hypothekenzinsen und über das Vermittlungsverfahren für die Landwirtschaft und den verfallenen Volkstreckungsschutz unterzeichnet.

Damit ist der erste Teil des Agrarprogramms der Regierung in die Tat umgesetzt. Die Kontingentierung wird auf dem Wege einer Verordnung erfolgen, die voraussichtlich erst in 10 bis 14 Tagen erlassen werden wird, nachdem die Verhandlungen des Ministerialrats Waller mit den ausländischen Regierungen abgeschlossen sind. Die beiden Notverordnungen über die Zinslenkung und den Volkstreckungsschutz werden im Laufe des Mittwochs veröffentlicht werden.

### Dollfuß weicht zurück.

Der Heimwehrrufschiff wird nicht Sicherheitskommissar.

Wien, 27. September (Eigenbericht).

An Stelle des am Montag zurückgetretenen Sicherheitsministers Kch wollte die Regierung Dollfuß den ehemaligen Vizekanzler Winkler, Mitglied des Landbundes, zum Sicherheitsminister ernennen. Die österreichischen Heimwehren wollten ihren Vertrauensmann Major Fey, einen der wüfsten faschistischen Heher, in dieses Amt bringen.

Die Regierung beabsichtigte, mit den Heimwehren insofern ein Kompromiß zu schließen, als neben dem Posten des Sicherheitsministers noch der eines Staatssekretärs für das Sicher-

heitswesen geschaffen werden sollte. Mit diesem Posten sollte der Faschist Fey betraut werden. Die Sozialdemokratische Partei erklärte, daß die Ernennung dieses Faschisten, der vor kurzem mit Starhemberg und dem Rufschiffmajor Rabst den Stahlhelmtag in Berlin besucht hat, eine Provokation bedeuten würde, die in Oesterreich zu schwersten politischen Kämpfen führen müsse.

Schließlich sind die Verhandlungen über die Befehle des Sicherheitsministeriums mit dem Landbündler Winkler und dem Heimwehrrufschiff Fey — offenbar unter dem Druck der sozialdemokratischen Kampfanlage — im letzten Augenblick gescheitert. Die Regierung Dollfuß hat die angekündigte Ernennung rückgängig gemacht. Sie verzichtet vorläufig auf die Ernennung eines Sicherheitsministers. Das Sicherheitsministerium wird bis auf weiteres vom Bundeskanzler Dollfuß selbst geleitet.

### Milde!

Nationalsozialisten vor dem Sondergericht.

Breslau, 27. September. (Eigenbericht.)

Das Sondergericht in Schweidnitz verurteilte am Dienstag mehrere SA-Leute, die am 11. März d. J. an einem planmäßigen Überfall auf Flughafen teilnehmende Reichsbannerleute bei Schönbrunn (Kreis Schweidnitz) beteiligt gewesen waren und den Reichsbannermann Tarazit tödlich mißhandelt hatten, wegen Landfriedensbruchs. Die Angeklagten Stiba und Bedermann erhielten wegen einfachen Landfriedensbruchs je drei Monate Gefängnis, der Angeklagte Albe wegen schweren Landfriedensbruchs sechs Monate Gefängnis, der Angeklagte Kehr wegen schweren Landfriedensbruchs und Waffenmißbrauchs sieben Monate Gefängnis, der Angeklagte Wojwoda wegen schweren Landfriedensbruchs, Räuberschiffahrt und Waffenmißbrauchs neun Monate Gefängnis.



# Papen an Herriot.

Antwort auf die Rede von Gramat.

Reichszentraler von Papen hat WTB. eine lange Erklärung gegeben, in der er sich mit Herriot und der englischen Abrüstungsnote auseinandersetzt. Seine Antwort enthält keine wesentlichen neuen Argumente. Bemerkenswert ist nur der Satz: „Wir haben niemals verlangt, uns in demselben Umfange zu bewaffnen, wie dies Frankreich und andere Staaten tun.“ Daß die sportliche Erziehung der Jugend irgendwelchen militärischen Charakter habe, bestritt Herr von Papen lebhaft. Deutschland verlange keine Erhöhung seines Rüstungsniveaus, sondern Abrüstung der anderen nach gleichen Methoden, wie sie für Deutschland gelten.

## Papen wird enthüllt.

Nationalsozialistischer Gasangriff: Politik und Kapital.

Es ist immer die enttäuschte Liebe, die den ärgsten Haß gebiert. Darum tobt der „Angriff“ gegen die Horzburger Freunde noch wilder als gegen den „Marxismus“. Er enthüllt Zusammenhänge zwischen Papen und den Deutschnationalen auf der einen Seite und dem Großkapital auf der anderen.

Den Lesern der Hugenberg-Presse wird es kalt über den Rücken laufen, wenn sie erfahren, daß Herr von Papen seinerzeit von Gramat in den Aufsichtsrat einer seiner Banken entsandt worden war, und daß der jetzige Reichszentraler auch einem Unternehmen „des Pariser Juden Michael“ als Aufsichtsrat angehört hat.

Der „Angriff“ weist dann aber auch darauf hin, daß der Reichswirtschaftsminister Warmbold bisher Direktor bei Beuna war, und daß der neue Mann in der Reichspressestelle, Heinz Brauwer, nicht nur beim Stahlhelm, sondern auch beim Kandidat eine große Nummer hat. Dieses habe 5 Millionen an die Grüne Front gezahlt, angeblich zur Förderung des Milchabfahes, in Wirklichkeit aber, um die Düngemittelpreise hochhalten zu dürfen. Schließlich wird auch die — von uns ausführlich behandelte — Fick-Sanierung entdekt und auf die lastrativen Beziehungen Otto Wolffs zur öffentlichen Hand hingewiesen. Otto Wolff sei aber „die finanzielle Kraft bei der Hugenberg-Partei, seitdem er gegen frühere Widerstände in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank aufgenommen worden ist“.

Das also sind die Bundesgenossen der NSDAP. von gestern, die heute, die über den bereitwillig hingehaltenen Rücken der SA hochgehoben sind. Wer aber sind die Bundesgenossen von heute? Wenn Otto Wolff „finanzielle Kraft bei der Hugenberg-Partei“ ist — wer ist „finanzielle Kraft bei der Hitler-Partei“? Erklärt sich der Kerger des „Angriff“ über die zahlenden Firmen, die er nennt, daraus, daß diese Firmen nur den anderen Geld gegeben haben?

Das Kapitel „Papen-Regierung und Großkapital“ ist sehr interessant. Wir sind dem „Angriff“ für jeden Beitrag, den er dazu liefert — natürlich vorausgesetzt, daß alles stimmt —, sehr dankbar. Aber das Kapitel „Hitler-Partei und Großkapital“ muß auch noch einmal geschrieben werden!

## Benzin-Standal bei den Nazis.

Indirekte Zollsubvention — 8 Pf. Sonderrabatt für Pgs.

Die Sonntagszeitung unseres Plauener Parteiblatts veröffentlicht einen Brief des „Motorsturms, Referat 106“ der NSDAP an seine Mitglieder, in dem es unter Punkt 9 heißt:

„Verbilligter Betriebsstoff.“

Durch Zuschuß aus dem Etat des Chefs des N. S. Kraftfahrkorps ist es möglich geworden, Leuna und B. V. Kral auf Bezugschein 8 Pfennig unter dem Zapfstellpreis abzugeben. Kaufpreis im voraus senden auf Postcheckkonto München 13 012 des N. S. Kraftfahrkorps. Der Rabatt kann gleich in Abzug gebracht werden. Bestellungen mit Angabe der Geldabfindung (Datum) an Mich.

Motorsturm, Referat 106, m. d. J. b. gez.: Fischer, Truppführer.“

Der horrenden Schugzoll, der gegenwärtig 16 Pfennig pro Liter Auslandsbenzin beträgt, ist auf Betreiben nicht zuletzt der beiden hier genannten Gesellschaften, nämlich Leunawerke und Benzolwerk, festgesetzt worden, die behaupteten, gegenüber der ausländischen Konkurrenz wettbewerbsunfähig zu sein, wenn nicht die eingeführten Betriebsstoffe entsprechend hoch verzollt werden. Jetzt stellt sich aber heraus, daß gerade diese Firmen in der Lage sind, einen Sonderrabatt von 8 Pfennig pro Liter den Nationalsozialisten zu gewähren. Das bedeutet nichts weniger als eine

indirekte Zollsubvention des Reiches an die Nationalsozialisten.

Die übrigens daraus bereits ein regelrechtes Geschäft machen. Wie das Plauener Blatt berichtet, soll sich mit diesen internen Bezugschein des nationalsozialistischen Motorsturms ein schwunghafter Handel entwickelt haben, indem Nazis diese Gutscheine an Interessenten zur Hälfte des Nachlasses weiterverkauften und die andere Hälfte, also 4 Pf. pro Liter, selbst einsteckten!

Dieser Skandal beweist jedenfalls, daß die in Frage kommenden deutschen Konzerne die Reichsregierung und die Deutschnationalen groß angevolmente haben, als sie den hohen Benzin Zoll von 16 Pfennig pro Liter als unerlässlich für ihre Konkurrenzfähigkeit bezeichneten und durchsetzten. Die Tatsache, daß sie in der Lage sind, einen 8-Pfennig-Rabatt zu gewähren, beweist, daß der Benzin Zoll um volle 8 Pfennig pro Liter zu hoch ist.

## Brachts Beamte.

Die Entrepublikanisierung der Verwaltung.

Die kommissarische Verwaltung Preußens hat mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 ernannt: zu Staatssekretären des preußischen Staatsministeriums: den Ministerialdirektor Dr. Robis; für den bisherigen Ministerialdirektor im preußischen Staatsministerium Dr. Robis zum Ministerialdirektor beim preußischen Staatsministerium: den Ministerialrat im preußischen Finanzministerium Dr. Landfried; zum Ministerialrat im preußischen Staatsministerium: Regierungsrat Dr. Grißbach.

Im preußischen Ministerium des Innern wurden ernannt: zu Ministerialdirektoren die Ministerialräte im preußischen Ministerium des Innern Dr. Schühe (für den ausgeschiedenen Ministerialdirektor Dr. Babi) und Dr. Surén (für den ausgeschiedenen Ministerialdirektor Dr. von Leyden).

Der Präsident des kubanischen Senats und Chef der Nationalliberalen Partei, Vazquez Vello, wurde bei einem Revolventenattentat schwer verletzt und starb im Krankenhaus. Dem unbekanntem Täter gelang es, zu entkommen.

# Der Tote.



„Er hat sich aus Enttäuschung und Scham über uns, seine Führer, erschossen. Also schreiben wir: von den Roten ermordet!“

# Herriot und Neurath spielen Versteck.

Getrennte Besprechungen mit Henderson.

Genf, 27. September. (Eigenbericht.)

Der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson führte am Dienstag Besprechungen mit Herriot, Molli-Stallen und dem deutschen Außenminister über den Anspruch Deutschlands auf militärische Gleichberechtigung. Eine Besprechung zwischen Herriot und dem deutschen Außenminister von Neurath ist bisher nicht in Aussicht genommen.

Am Montag früh ist Herriot nach Genf zurückgekehrt. Aber schon sind zwei Tage verstrichen, ohne daß er Gelegenheit genommen hat, sich mit dem Reichsaußenminister auszusprechen. Dabei ist sich jedermann klar darüber, daß eine solche Aussprache die Voraussetzung für eine Wiederfortmachung der Abrüstungskonferenz ist. Auch das Büro mußte sich bekanntlich bis zum 10. Oktober vertagen, weil man sehr bald erkannte, daß weitere Beratungen in Abwesenheit Deutschlands zwecklos sind.

Dieses Verhalten der Staatsmänner erweckt die Vorstellung von zwei Schulungen, die sich gezanzt haben und die nicht mehr miteinander sprechen wollen, weil jeder befürchtet, daß es dann heißen könnte, er habe als erster nachgegeben.

Für diese Form der Prestigepolitik werden die Völker kein Verständnis aufbringen. Sie haben schon im Weltkrieg erfahren, was das bedeutet, wenn keine Macht den ersten Friedensschritt unternehmen will, weil das als „Zeichen der Schwäche“ aufgefaßt werden könnte. Inzwischen wurden auf beiden Seiten Hunderttausende weiter hingepflegt.

Auf deutscher Seite wurde gestern abend offiziös gemeldet, daß Herr von Neurath möglicherweise bereits heute nach Berlin zurückfahren würde, also auch ohne die Möglichkeit einer mündlichen Auseinandersetzung mit Herriot länger abzuwarten. Aber auch auf französischer Seite tut man sehr hochmütig und versichert, daß man es ebensowenig eilig habe.

So geht das nicht weiter! Das Schicksal der Abrüstungskonferenz steht auf dem Spiel. Wenn sie infolge der weiteren Abwesenheit Deutschlands scheitert, dann sind die Folgen unabsehbar. In Deutschland mögen sich manche Nationalisten bei diesem Gedanken freuen, weil sie

glauben, daß Deutschland damit seine „Handlungsfreiheit“ automatisch wiedererlangen und draußlos aufrüsten könnte. Das aber wäre ein verbrecherisches Spiel mit dem Feuer, besonders angesichts der äußerst gereizten Stimmung in fast allen Ländern, nicht nur in Frankreich, die einen selbstherrlichen Wiederaufrüstungsbeschuß Deutschlands bestimmt nicht ruhig hinnehmen würden.

Sauerwein über Herriots Absichten.

Paris, 27. September. (Eigenbericht.)

Der Genfer Sonderberichterstatter des „Paris Soir“, Sauerwein, der über die Absichten Herriots im allgemeinen gut unterrichtet ist, meldet seinem Blatt, es sei anzunehmen, daß der Ministerpräsident seine Bemühungen um den Erfolg der Abrüstungskonferenz unter Zugrundelegung folgender Erwägungen fortsetzen werde:

Es gebe einen ersten Grundsatz, über den alle Welt einschließlich Italien einstimmig zu sein scheine. Dieser bestche darin, daß die Wiederaufrüstung Deutschlands weder gerechtfertigt noch zulässig ist und die Welt schnell neuen Kriegen entgegenführen würde. Der zweite Grundsatz, für den eine Mehrheit vorhanden ist, sei, daß Deutschland das Recht habe, eine umfassende Abrüstung der anderen Mächte zu verlangen aber unter zwei Vorbehalten: es müsse einmal warten, bis die Abrüstungskonferenz ihr Werk vollendet hat, ehe es ein Urteil darüber abgibt, es müsse ferner darauf achten, daß Artikel 8 des Völkervertrages die allgemeine Abrüstung von der Sicherheit abhängig macht. Es gebe aber keine Sicherheit, solange Deutschland in dem Zustand des frenetischen Ausrufes gegen die Friedensverträge bleibt, in dem es sich heute befindet. Auf diesen beiden Grundsätzen könne ein Abkommen aufgebaut werden, in dem man keine Gelegenheit vorübergehen lasse, mit Deutschland wieder Fühlung zu nehmen, und in dem man ihm nicht erlaube, dieses Unternehmen durch seine berechnete Abwesenheit zu stören. Dieses Abkommen könne liberal sein, wenn sich die beteiligten Mächte gleichzeitig durch Verträge binden, von denen mehrere zur Zeit geprüft werden. Sie würden dann keine Gefahr laufen, den Weg der Abrüstung zu beschreiten, der mit den notwendigen Modifikationen den Anregungen Hoovers entspreche.

## Komponist der „Internationale“ gestorben.

Paris, 27. September. (Eigenbericht.)

Der Komponist der „Internationale“, Pierre Degenert, ist am Montagabend im Alter von 84 Jahren in dem Pariser Vorort St. Denis gestorben.

Degenert war von Beruf Drechsler und kamme aus Lille. In seinen freien Stunden beschäftigte er sich viel mit Musik. Anfang der neunziger Jahre brachte einer der Leiter der Lille Arbeiterbewegung aus Paris einige revolutionäre Gedichte mit und bat Degenert, eines von ihnen zu vertonen, damit es bei einem Arbeiterfest vorgelesen werden könne. Degenert wählte das von seinem Pariser Berufsgenossen Pottier verfasste Lied, das später den Namen Internationale erhielt und heute von den Arbeitern der ganzen Welt gesungen wird. Degenert, der um die Frucht seines Werkes gebracht wurde, da man fälschlicherweise die Musik einem seiner Brüder zuschrieb, trat bei der Spaltung im Jahre 1921 zur kommunistischen Partei über und lebte seitdem kümmerlich von Almosen seiner Parteigenossen. Die kommunistische Stadtverwaltung von St. Denis hat beschlossen, ihn auf Kosten der Gemeinde beizusetzen.

Zum Kampflied der Arbeiterschaft wurde die „Internationale“ erst durch den Genossen Guesquiere aus Lille. Am Schluß des sozialistischen Einigungskongresses in Paris im Jahre 1899 bestieg Guesquiere, der eine kräftige und schöne Tenorstimme hatte, die Tribüne und stimmte die damals außerhalb Lilles noch gänzlich unbekannt „Internationale“ an, dessen Refrain vom Kongreß stehend mitgesungen wurde. Seitdem hat die „Internationale“ ihren Siegeszug durch die ganze Welt angetreten.

## Wer verschleppt?

Am den Termin in der Streitsache Preußen-Reich.

Gegenüber Pressenachrichten, in denen gesagt wurde, daß der Termin der Staatsgerichtshofsverhandlung wegen Einsetzung des Reichskommissars in Preußen verschleppt worden sei, weil Preußen mit seinen Schriftsätzen nicht fertig werde, wird für die preußischen Staatsminister (Braun-Seering-Hirtfelder) erklärt: Der letzte

Schriftsatz der preußischen Staatsminister im Umfange von nur vier Seiten stammt vom 13. September. Er wurde von der Reichsregierung am 20. September beantwortet. Unmittelbar darauf haben die preußischen Staatsminister ebenso wie Bayern und Baden dem Staatsgerichtshof telegraphisch mitgeteilt, daß von ihrer Seite Schriftsätze nicht mehr beabsichtigt seien. Es ist also unrichtig, daß Preußen, Bayern oder Baden an der Verzögerung der Terminfestsetzung schuld seien. Die preußischen Staatsminister drängen vielmehr nach wie vor auf die schnellste Anberaumung des Termins.

## Kommunistische Spitzmethoden.

Ein „Fahnen“-Redakteur spielt Sozialdemokrat.

Das kommunistische Stenogrammblatt „Berlin am Morgen“ brachte gestern unter der Ueberschrift „Man soll nicht leutselig sein“ ein Gespräch, das ein gewisser Richard Toll mit dem Genossen F. J. Furtwängler gehabt haben will. Wie uns Genosse Furtwängler mitteilt, ist er kürzlich in der Buchhandlung des ADGB von einem jungen Mann angesprochen worden, der sich als eifriger Parteigenosse, Mitglied der Jugendsektionen Abteilung ausgab und ihn über alles mögliche auszufragen versuchte. Schließlich entfernte sich der zudringliche Ausfrager mit der Bemerkung: „Wir werden schon etwas daraus drehen. Ich bin nämlich Redakteur der „Roten Fahnen“.“

Was der tüchtige Journalist Toll aus seiner Unterhaltung mit Furtwängler zusammengebeugt hat, ist ziemlich bedeutungslos und zum Teil erfunden. Durch seinen Versuch, sich maskiert an einen Gegner heranzuschleichen, um ihn auszuforschen, hat er sich selber als eine Flerde der kommunistischen Journalistik gekennzeichnet.

Danneberg als Nachfolger Breiners. In der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion von Wien teilte Bürgermeister Seif am Montag mit, daß Stadtrat Breitner mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand von seinem Amte als Finanzreferent der Stadt Wien zurücktrat. Die Fraktion nahm diese Erklärung mit größtem Bedauern und Dank für die Arbeit Breiners zur Kenntnis. Nachfolger Breiners in der Finanzverwaltung wird der bisherige Präsident des Wiener Landtages, der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Robert Danneberg.



# Fehlschlag der Anfurberung.

## Sieben Prozent der Vermittlungen als „Neueinstellungen“.

Die Reichsregierung hat angekündigt, daß das Resultat ihrer Notverordnung die Wiedereinstellung von 1½ Millionen Arbeitslosen in die Produktion bedeuten würde.

Nach Mitteilungen des Schlichters von Brandenburg sind in der Zeit vom 5. bis einschließlich 26. September 1906 Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung vorgenommen worden. Damit man sich gleich darüber Rechenschaft ablegen kann, was diese Zahl von 1906 Einstellungen innerhalb von drei Wochen bedeutet, bringen wir die Zahlen der vermittelten Arbeitsstellen innerhalb des Bezirks des Landesamts Berlin-Brandenburg-Grenzmark-Posen-Westpreußen, der mit dem Schlichterbezirk räumlich übereinstimmt. Im Juli wurden durch die Arbeitsämter Stellen vermittelt 34 823; im Juni 32 387; im Mai 40 490; im April 44 367. Nimmt man von diesen vier Monaten den Durchschnitt von drei Wochen, so ergibt das

eine durchschnittliche Vermittlung von 26 835 gegenüber 1906 Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung.

Genauer ausgedrückt muß es wohl heißen, daß die Unternehmer insgesamt 1906 Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung beim Schlichter angemeldet haben. Ob diese Angaben aber mit den Tatsachen übereinstimmen, ist noch eine andere Frage. Es ist durchaus erklärlich, daß die Unternehmer die Zahl der Neueinstellungen nach oben abzurunden geneigt sind, um in den Genuss der Prämie von 400 M. für jeden Neueinstellung zu kommen und um auch das Recht auf Senkung der Tariflöhne zu erhalten. Im Laufe der letzten Wochen werden vermehrt Lohndrucks auf Grund der Notverordnung hat sich herausgestellt, daß durchweg die Neueinstellungen, soweit welche erfolgt sind,

mit Arbeitsbeschaffung nicht das mindeste zu tun haben.

Die Deutschen Riesenwerke in Weihenstephan z. B., die in drei Schichten 48 Stunden arbeiten lassen, haben Russenaufträge, die sie natürlich nicht erst seit der Notverordnung erhalten haben. Andere Firmen, die Neueinstellungen vorgenommen haben, befinden sich in ähnlicher Situation, oder aber es handelt sich um Saisonbetriebe, die jedes Jahr im Herbst im Hinblick auf das Weihnachtsgeschäft Einstellungen vornehmen. Das trifft u. a. auch für die Bekleidungs- und Textilindustrie zu. Wenn trotzdem nur rund 7 Proz. der im Durchschnitt der letzten vier Monate durch die Arbeitsämter erfolgten Arbeitsvermittlungen als Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung bisher angemeldet worden sind — in den anderen Bezirken liegen die Verhältnisse keineswegs günstiger —, so beweist das mit schlagender Deutlichkeit,

der Versuch der Anfurberung der Wirtschaft durch Prämien, Steuergewichte und Lohnabbau bisher ein völliger Fehlschlag ist.

Nun hat der Reichsarbeitsminister in seinem vielumstrittenen Interim am Sonnabend erklärt, daß die Arbeiter sich den Neueinstellungen widersetzen. Abgesehen davon, daß diese Behauptung ohne jeden Beweis und ohne jede tatsächliche Unterlage

in die Welt lanciert worden ist, geht auch aus den vom Schlichter für Brandenburg veröffentlichten Zahlen hervor, daß davon keine Rede sein kann. Bevor der Unternehmer für sich das Recht auf Lohnsenkung in Anspruch nehmen kann, und somit,

bevor die Beschäftigten sich gegen diese Senkung der Tariflöhne zur Wehr setzen können, müssen die Neueinstellungen erfolgt sein.

Aus den Mitteilungen des Schlichters geht aber hervor, daß insgesamt während der ersten drei Wochen nur rund 1900 Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung angemeldet worden sind.

Man kann nun nicht sagen, daß die Unternehmer nicht informiert seien und daß erst in den nächsten Wochen und Monaten nach Bekanntwerden der Vorteile für die Unternehmer bei Neueinstellungen sich die Notverordnung auswirken würde. Noch niemals ist ein so umfangreicher Propagandaapparat durch Presse und Rundfunk für die Zwecke einer Regierung benutzt worden, wie anlässlich der Notverordnung vom 5. September. Es ist mit den Unternehmerverbänden verhandelt worden. Sie sind nachdrücklich von der Regierung darauf aufmerksam gemacht worden,

welche „Chance“ die Regierung dem Privatekapital hier bietet.

Die Börse hat in Hausstimmung gemacht im Hinblick auf die Gewinnmöglichkeiten auf Grund der Prämien und der Steuererleichterungen. Trotz alledem dieser Fehlschlag, der in einem geradezu grotesken Gegensatz steht zu den Ankündigungen der Reichsregierung und den Hoffnungen, die man zu erwecken sich bemüht hat. Wenn der Reichsarbeitsminister nunmehr den Versuch macht, die Schuld an dem Scheitern dieses Versuchs den Arbeitern in die Schuhe zu schieben, so kann dieser Versuch nicht schwer genug zurückgewiesen werden.

Die Reichsregierung läßt ferner erklären, daß die Mitteilungen des Genossen Spliedt, Sekretär des DDB, die wir in unserer Abendausgabe vom Montag veröffentlicht haben, monach kundige Leute in den Ministerien davon reden, die Reichsregierung beabsichtige, in kurzer Zeit einen generellen weiteren Lohnabbau durch Notverordnung durchzuführen, jeder Grundlage entbehrend. Wir bemerken hierzu, daß uns — unabhängig von den Mitteilungen des Genossen Spliedt — solche Nachrichten gleichfalls zugegangen sind. Wenn die Reichsregierung nunmehr erklärt, daß sie diese Absicht nicht habe, so nehmen wir das zur Kenntnis. Wir erinnern uns aber, daß in einem ganz ähnlich gelagerten Fall die Reichsregierung von einem Referentenentwurf sprach, der nicht mehr zur Diskussion stünde und längst erledigt sei. Zwei Tage später ist dieser angeblich abgelehnte Referentenentwurf wortwörtlich als Notverordnung veröffentlicht worden.

Im übrigen hat Genosse Spliedt die Reichsregierung nur auf die Konsequenzen eines derartigen Versuchs hingewiesen und vor solchen gefährlichen Experimenten gewarnt. Die Reichsregierung hat die Warnungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei vor dem Erlaß der Notverordnung in den Wind geschlagen. Wir wollen hoffen, daß die Erfahrung diesmal die Reichsregierung klüger gemacht hat.

Der Ausgang des Tarifkonflikts des Ruhrbergbaues dürfte auch auf die Eisenindustrie sehr schnell während wirken. Eisen Nordwest wird, wie verlautet, höchstwahrscheinlich jetzt die Tarife nicht kündigen. Der Hauptgrund dafür liegt, abgesehen von wirtschaftspolitischen Überlegungen, wohl darin, daß Nordwest, der schärfste Gegner der Verbindlichkeitsklärung, unter Umständen in die Lage kommen könnte, zur Vermeidung eines tariflosen Zustandes nach Verbindlichkeit zu rufen. Das wäre doch etwas zu blamabel. Nachdem man sich für die Befestigung der Verbindlichkeitsklärung so stark gemacht hat, muß man wohl oder übel wenigstens bis zu einem gewissen Grade aus seinen Forderungen auch die Konsequenzen ziehen. Wie lange das allerdings praktisch möglich sein wird, ist eine andere Frage.

## Kampf in den Theatern?

### Um den Tarifvertrag in den Privatbühnen.

Der Verband Berliner Bühnenleiter hat zum 30. September den Manteltarifvertrag für die Bühnenarbeiter gekündigt, die in den privaten Berliner Theatern beschäftigt sind. Dieser Vertrag regelt die Arbeitszeit, den Urlaub, die Weiterbezahlung des Lohnes im Krankheitsfalle, die Ueberstundenbezahlung usw. Der Verband der Bühnenleiter ist zunächst Verhandlungen über einen Neuabschluss des Tarifvertrages ständig ausgewichen und hat dann schließlich durch den Mund seines Generaldirektors Hirsch erklären lassen, er lege auf den Abschluß von Tarifverträgen überhaupt keinen Wert mehr. Diese Erklärung war offensichtlich auch an die Adresse der Organisationen der Theatermusiker und Bühnenkünstler gerichtet, die entweder ebenfalls vertragslos sind oder deren Verträge Ende September ablaufen.

Der Gesamtverband, der Musikerverband, die Bühnengenossenschaft und der Choränger- und Tänzerbund haben in einer gemeinsamen Sitzung zu diesem herausfordernden Verhalten des Verbandes Berliner Bühnenleiter Stellung genommen und beschlossen, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln den Neuabschluss von Tarifverträgen für die von ihnen vertretenen Arbeitnehmergruppen zu erzwingen. Die genannten Organisationen wenden sich in einem Aufruf an die Arbeitnehmerschaft in den Berliner privaten Theatern, in dem sie den Ernst der Lage darlegen und auf die Notwendigkeit einer strengen Organisation zur Erreichung des gesteckten Zieles hinweisen.

Die Direktoren der Berliner privaten Theater dürfen nicht erstaunt sein, wenn sich der von ihnen herausbeschworene Konflikt eines Abends sowohl für sie als auch für das Theaterpublikum unangenehm bemerkbar macht.

## Für die Arbeitslosen.

### Gegen Lohnabbau.

Die Baugewerkschaft Berlin des Deutschen Baugewerksbundes hielt am Montag in den „Residenzfestalen“ eine Generalversammlung ab.

Die Generalversammlungsdelegierten nahmen zunächst ein instruktives Referat des Genossen Dr. Franz Reumann entgegen, „Gewerkschaften, Wirtschaftsprogramm und Gegenwartsstaat“. Im Anschluß an den Vortrag erläuterte der Vorsitzende der Baugewerkschaft Berlin, Genosse Ebert, die für die Arbeiterschaft einschnei-

densten Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September. Er erinnerte an die Kämpfe, die die Bauarbeiterchaft vor rund 40 Jahren um die tarifliche Festlegung ihrer Löhne geführt hat.

Auch die Berliner Bauarbeiter werden mit allen gewerkschaftlichen Mitteln dafür sorgen, daß die Berechtigung der Unternehmer zum Abbau der Tariflöhne wirkungslos bleibt. Sollten die Unternehmer von der Ermächtigung zum Lohnabbau Gebrauch machen, dann werden die Belegschaften in Abwehrstellung rücken und, wenn es sein muß, mit den Unternehmern genau so verfahren wie damals vor 40 Jahren. Die Generalversammlung nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

„Die Generalversammlung der Baugewerkschaft Berlin des Deutschen Baugewerksbundes lehnt die „Verordnung zur Vermeidung und Erhaltung der Arbeitslosigkeit“, soweit die Lohnsenkung in Frage kommt, ob und wird den verordneten Lohnabbau mit allen Mitteln bekämpfen und, wenn notwendig, in den Abwehrstreik eintreten.“

Gleichzeitig wird der Vorstand beauftragt, wegen einer Arbeitszeitverkürzung auf wöchentlich 40 Stunden mit den Unternehmerverbänden in Verhandlungen zu treten.“

Dieser Beschluß, die Einführung der Bierzigstundenwoche zu fordern, zeigt, daß es gerade die Arbeiter sind, die die Wiedereinstellung der Arbeitslosen in die Produktion wollen. Ein neuer Beweis dafür, daß die Unterstellung des Reichsarbeitsministers, die Beschäftigten widersehten sich der Einreihung der Arbeitslosen in die Produktion, im Widerspruch zu den Tatsachen steht.

## Privatisierungsversuche.

### Protest gegen abenteuerliche Pläne.

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung des Personals der städtischen Krankenanstalten von Buch, an der rund 520 Angestellte, Beamte und Arbeiter teilnahmen, wurde nach Ausführungen des Genossen Hermann Schulz vom Gesamtverband, des Stadtarztes Dr. Korach und des Stadtverordneten Rosenthal mit allen gegen drei kommunistische Stimmen eine Entschliessung angenommen, in der es heißt:

Die Belegschaft der Bucher Anstaltsbetriebe nimmt mit Enttäuschung davon Kenntnis, daß auf Antrag der DDBP und der RSDAP Versuche unternommen werden, das Gesundheitswesen Berlins, insbesondere die Anstalten von Buch den karitativen Vereinigungen oder dem Roten Kreuz zu überweisen.

Die Versammelten weisen darauf hin, daß bei Durchführung dieser Maßnahmen schwerer Schaden für die Kranken entstehen muß. Außerdem würden durch solche Maßnahmen weit über 1000 städtische Arbeitskräfte frei, deren Unterbringung in anderen Berliner Anstalten oder sonstigen Betrieben der Stadt Berlin unmöglich ist...

Die Versammelten geloben, sich dafür einzusetzen, daß eine Stärkung der gewerkschaftlichen Kraft des Gesamtverbandes mit allen Mitteln betrieben wird, und verpflichten sich, in diesem Sinne in allen Bucher Anstalten tätig zu sein. Sie erkennen an, daß durch die Mitwirkung der SPD-Fraktion des Berliner Stadtparlaments immer die tariflichen Rechte und die Rechte der Beamten geschützt worden sind. Sie erwarten, daß das auch in Zukunft geschehen möge, und geloben, dafür auch im kommenden Reichstagswahlkampf ihre ganze Kraft für die Stärkung der SPD einzusetzen.

## Es wird angefurbelt.

### Die Abwehr gegen Lohndruck in der Textilindustrie.

In Langenbielau und in Wästen-Biersdorf in Schlesien streiken zur Zeit rund 1300 Arbeiter und Arbeiterinnen des Textilkonzerns Meyer-Kaufmann wegen verfruchteten Lohndrucks auf Grund der Notverordnung. Von zusätzlicher Arbeitsbeschaffung kann hier keine Rede sein. Mit der Notverordnung hat der Konflikt nur insofern zu tun, als der Unternehmer die Prämie und den Lohnabbau zu dem üblichen Herbstgeschäft mitnehmen möchte.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Firma Hammerstein in Bocholt, wo 250 Arbeiter und Arbeiterinnen sich gegen die Segnungen der Notverordnung wehren. Es wird angefurbelt.

**Wichtig!** SPD-Betriebsfraktion beim Köhler-Konzern. Die für Donnerstag vorgesehene Fraktionsversammlung fällt aus und findet am Dienstag, dem 4. Oktober statt.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Mittwoch, 19. Uhr: **Südwesten:** Jugendheim Bertha 11 (Friedrichstraße). **Jugendberufshilfe:** — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstraße 13 (Scharnhöhe). **Proletarierfraktion:** — **Spandau:** Jugendheim Scharnhöhe 1. **Gewerkschaften in der heutigen Zeit:** — **Köpenick:** Jugendheim Scharnhöhe, Caféier Str. 2. **Enten, Enten** — — — **Wilmersdorf:** Jugendheim Scharnhöhe Str. 11. **Barade 4, rechter Eingang, Arbeitsabend:** — **Kreuzberg:** Jugendheim Bertha 29 (Hof). **Winterabend:** — **Flughafen:** Jugendheim Flughafenstr. 68 (H.-Bahn, Haldenstr.). **Selbst in der Mann:** — **Humboldt:** Jugendheim Braun- u. Kochingstraße. **Was über die Arbeit der Welt:** — **Schillerpark:** Jugendheim Schule Schönigstr. 17. **Wir laden unsere Mitglieder ein:** — **Baumhüttenweg:** Jugendheim Baumhüttenweg, Gräfte 18. **1. Stunde Arbeitsrecht:** — **Wir spielen ab 18 Uhr:** **Spandauer Treptower Wiese und Friedrichshagen, Platz 4.** — **Schiffbau:** Treptower Wiese, Fläche 6. — **Gesamtverband:** Treptower Wiese, Fläche 1. — **Jugendgruppe des Gesamtverbandes:** Badgruppe Treptower: Vortrag des Kollegen Schöge über: **Schulzeitpflege.**

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch: **Schöneberg:** Vorabend: Jugendheim der Schule Rahnemannstr. 81. **Zeitungsauschnittabend:** — **Kreuzberg:** Jugendheim Tansinger Str. 6 (Barade 3). **Jeder erbet 10 Minuten (Aussprache):** — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstraße 13. **Ausgabe:** Wirtschaftskommunikation. — **Reinickendorf:** Jugendheim Lindauer Straße 2 (Barade). **Die Bedeutung unserer Lebensformen für unsere berufliche Weiterbildung, Referent:** Franz Starb. — **Strojan:** Jugendheim der Schule Hölzerstr. 41. **Arbeitsgemeinschaft:** Robertus Karol. **Leitung:** Anni Woschke. — **Köpenick:** Jugendheim Tschilmer Str. 15 (Gosswald am Bahnhof Köpenick). **Was versteht man unter Revolution der modernen Jugend?** — **Kreuzberg:** Jugendheim Scharnhöhe Str. 1-4. **Wie kommt es zu...** — **Niedorf:** Jugendheim Scharnhöhe Str. 1-4. **Wie kommt es zu...** — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstraße 13. **Disziplinabend:** Wir und der DDB. — **Charlottenburg:** Jugendheim Spielhagenstraße 4. **Arbeitsgemeinschaft:** Aus der Belegschaft der Gewerkschaftsbewegung. — **Spandau:** Jugendheim Lindenauer 1. **Abend eigener Ausgestaltung:** Wie und neue Schule. — **Vottem-Königssee:** Jugendberufshilfe Königssee. **Vortrag:** Wie Arbeiter nach und in USA. **Referent:** Grubert. — **Die Versicherungsfraktion „Sorgenfrei“** 2-6. **Tagt heute von 16 bis 18 Uhr im Verbandsbau, 3. 24.**

Der „Bormärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“.

**Wirtschaftliche Sonntagsoffiziäre: „Soll und Zeit“**

**Anzeigenpreise:** Die erste Zeile 1000 Mark, zweite Zeile 500 Mark, dritte Zeile 250 Mark, vierte Zeile 125 Mark, fünfte Zeile 62,5 Mark, sechste Zeile 31,25 Mark, siebte Zeile 15,625 Mark, achte Zeile 7,8125 Mark, neunte Zeile 3,90625 Mark, zehnte Zeile 1,953125 Mark. **Werbung:** Die erste Zeile 1000 Mark, zweite Zeile 500 Mark, dritte Zeile 250 Mark, vierte Zeile 125 Mark, fünfte Zeile 62,5 Mark, sechste Zeile 31,25 Mark, siebte Zeile 15,625 Mark, achte Zeile 7,8125 Mark, neunte Zeile 3,90625 Mark, zehnte Zeile 1,953125 Mark. **Werbung:** Die erste Zeile 1000 Mark, zweite Zeile 500 Mark, dritte Zeile 250 Mark, vierte Zeile 125 Mark, fünfte Zeile 62,5 Mark, sechste Zeile 31,25 Mark, siebte Zeile 15,625 Mark, achte Zeile 7,8125 Mark, neunte Zeile 3,90625 Mark, zehnte Zeile 1,953125 Mark.

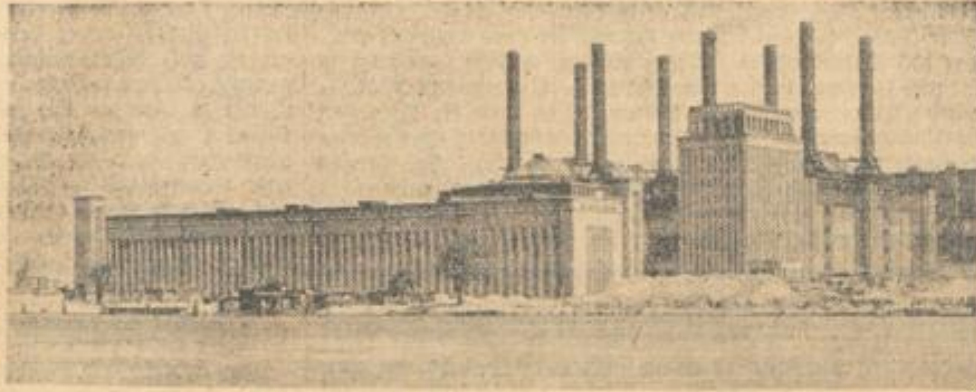
**Verlagsanstalt:** Die erste Zeile 1000 Mark, zweite Zeile 500 Mark, dritte Zeile 250 Mark, vierte Zeile 125 Mark, fünfte Zeile 62,5 Mark, sechste Zeile 31,25 Mark, siebte Zeile 15,625 Mark, achte Zeile 7,8125 Mark, neunte Zeile 3,90625 Mark, zehnte Zeile 1,953125 Mark. **Verlagsanstalt:** Die erste Zeile 1000 Mark, zweite Zeile 500 Mark, dritte Zeile 250 Mark, vierte Zeile 125 Mark, fünfte Zeile 62,5 Mark, sechste Zeile 31,25 Mark, siebte Zeile 15,625 Mark, achte Zeile 7,8125 Mark, neunte Zeile 3,90625 Mark, zehnte Zeile 1,953125 Mark.



# Auf der Kommandobrücke des Lichts

## Die Ueberwachungsstelle im Kraftwerk Klingenberg.

Im Berliner Osten, im Angesicht der alten Kirche von Strausnau, ragt am Ufer der Spree das Kraftwerk Klingenberg auf. In einem Turmhaus ist hier die Kommandobrücke des gesamten Berliner Elektrizitätsbetriebes. Wer diesen Raum betritt, sieht zunächst eine Menge von Messinstrumenten. Diese Geräte sagen dem Diensthabenden alles, was er über die Elektrizitätsversorgung Berlins wissen muß. Da ist eine Schalttafel, auf der Geräte für die Fernmessung der einzelnen Kraftwerksleistungen angebracht sind. In jedem Augenblick kann hier gelogt werden, welche Leistungen sowohl die einzelnen Berliner Elektrizitätswerke als auch alle zusammen abgeben. Eine besondere Fernmeßanlage kontrolliert die Stromabnahme der elektrisch betriebenen Berliner S-Bahnen. Andere Geräte lassen den Dampfdruck erkennen, der in den Kesseln der einzelnen Kraftwerke herrscht. Auch die Spannung des von den Werken gelieferten Stromes sowie der Gleichlauf der in den Werken arbeitenden Maschinen wird hier ständig überwacht. — Man kann sich vorstellen, daß die Stromlieferung nur dann funktioniert, wenn alle Werke Strom von der gleichen Art liefern. Der erzeugte Wechselstrom soll im allgemeinen 50mal in der Sekunde vom Plus- zum Minuspol hin- und herpendeln. Man sagt, daß der Strom eine Periode von 50 Wechsellagen besitzt. Um dieses Hin- und Herschwingen des Stromes erzielen zu können, das von der Umdrehungszahl der von den Turbinen angetriebenen Dynamomaschinen abhängt, muß von der Kommandostelle regelnd eingegriffen werden, sobald sich irgendwelche Abweichungen ergeben. Nicht weniger als 80 Telefonleitungen verbinden die Kommandostelle mit den Werken. Dazu kommt noch eine automatisch arbeitende Signalanlage, die bei größeren Störungen im Kraftnetz sofort den Ort der Störung meldet.



Schiffe, Eisenbahnen und Flugzeuge werden nach bestimmten Plänen ständig überwacht und von geübten Leuten wieder in Ordnung gebracht. Genau so verfährt die Kommandostelle der Bewog mit den Kraftwerken und dem Leitungsnetz. Durch regelmäßige Prüfungen und Ueberholungen werden Störungen noch menschlichem Ermessen von vornherein unmöglich gemacht. Die Männer auf der Kommandobrücke müssen die Gewißheit haben, daß nach menschlichem Ermessen alles seinen richtigen Gang geht.

Von den 30 000-Volt-Kabeln wird der Strom den Abspannwerken zugeleitet, die eine Art von Elektrizitätsammelstellen sind. Hier wird die Spannung auf 6000 Volt erniedrigt. Mit dieser Spannung wandert der Elektrizitätsstrom in die einzelnen Bezirke, wo er dann nochmals auf 220 Volt entspannt wird, um endlich den Weg zum Verbrauch zu finden. Das 6000- bzw. 220-Volt-Netz untersteht nicht mehr der Kommandostelle der Bewog, sondern wird von den einzelnen Bezirken bewacht.

### Wenn ein Gewitter droht!

Eine der undankbarsten Aufgaben ist die sogenannte Spannungshaltung. Jeder Stromverbraucher möchte zu allen Zeiten die gleiche Spannung im Netz haben. Nun aber ist in den einzelnen Bezirken die Verteilung der Abnehmer und die Stromentnahme sehr ungleich. Die Kommandostelle muß diese Ungleichheiten geschickt ausgleichen. Sehr wichtig ist auch die Beobachtung des Leitungsnetzes während eines herannahenden Gewitters. Gerade nach dieser Richtung wurden in den letzten Wochen erhebliche Anforderungen gestellt. Von allen Seiten laufen dann bei der Kommandostelle die Meldungen telephonisch ein. z. B. Meldung vom Rhein: „Eine schwarze Gewitterwand schiebt sich ostwärts.“ Meldung aus Magdeburg: „Gewitterwolken haben loeben die Elbe in östlicher Richtung passiert.“ Meldung aus Brandenburg: „Am Westen Gewitter im Anzug.“ Meldung von den westlichen Berliner Kraftwerken: „Gewitter aus dem Westen hat die Stadtgrenze erreicht.“ So wird das Gewitter von Etappe zu Etappe gemeldet. Rechtzeitig können daher auch die nötigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, um eine Störung der Stromversorgung zu vermeiden. Teile des Netzes können in solchen Fällen abgeschaltet, andere Netze zusammengeschaltet werden.

Natürlich ereignen sich trotz aller menschlicher Vorkehrungen dennoch Störungen. Ueber jede einzelne wird genau Buch geführt. Jede einzelne wird untersucht, um daraus für die Zukunft zu lernen. Während des Schichtwechsels dürfen z. B. auf Grund dieser Nachforschungen schon seit langem keine Schaltungen mehr vorgenommen werden. Durch alle diese Maßnahmen ist es gelungen, die Stromversorgung Berlins in vorbildlicher Weise sicherzustellen.

### Das Leitungsnetz der „Bewog“.

Aber auch das Leitungsnetz, das ebenso wichtig wie die Kraftmaschinen ist, wird von hier aus ständig überwacht. Das Leitungsnetz stellt die Straßen dar, die den wandernden Elektrizitätsteilchen zur Erreichung ihres Arbeitsplatzes zur Verfügung stehen. In jedem Augenblick werden ungezählte Elektrizitätsteilchen geboren und wandern sofort als ausgewachsene Arbeiter über die Sammelschiene in das Leitungsnetz, das sie den einzelnen Glühlampen, den Bogenlampen, elektrischen Sonnen, Staubsaugermotoren, Radiogeräten und was es sonst immer sein mag, zuführt. Die Bewog verfügt über ein ausgedehntes Kraftkabelnetz, das für eine Spannung von 30 000 Volt eingerichtet ist. Die Kommandostelle der Bewog hat nun die Aufgabe, darüber zu wachen, daß kein einziges Kabel überlastet wird, daß also, bildlich gesprochen, keine einzige Straße zu großen Verkehr aufweist, denn das würde zu unangenehmen Störungen führen. Deshalb werden durch Umschaltungen besonderer Art den Elektrizitätsteilchen bestimmte Wege zugewiesen. Das ist besonders in den Abendstunden nötig, wenn an die Versorgung der Millionen der größten Anforderungen gestellt werden. Diese Tätigkeit der Kommandostelle ist also der des Verkehrsbehörden zu vergleichen, der dafür sorgt, daß sich Fuhrwerke und Fußgänger zu jeder Zeit bequem durch die Straßen bewegen können. Daher dürfen auch ohne Befehl der Kommandostelle der Bewog im gesamten 30 000-Volt-Netz keine selbständigen Schaltungen vorgenommen werden. Das darf ausnahmsweise nur in Fällen höchster Gefahr geschehen und muß dann unmittelbar darauf der Kommandostelle gemeldet werden.

## Zwei Frauen als Banditen.

### Schneiderin überfallen und gefesselt.

In ihrer Wohnung in der Köpenicker Straße 66 wurde gestern am frühen Nachmittag die 52 Jahre alte Schneiderin Olga Fall von zwei Frauen, die unter der Maske von Kundinnen erschienen waren, überfallen und niedergeschlagen. Die weiblichen Banditen fesselten dann ihr Opfer, raubten für 200 Mark Wertgegenstände und suchten das Weite.

Frau Fall hat im vierten Stockwerk des Quergebäudes eine kleine Wohnung inne. Am Dienstag gegen 1/2 12 Uhr erschien eine Frau, die sich angeblich ein Kleid machen lassen wollte, und erzählte der Schneiderin, daß ihre Freundin mit dem Stoff unterwegs sei. Die Frau verließ die Wohnung der Schneiderin wieder, kehrte kurz nach 13 Uhr zurück und meinte, die Freundin werde nun wohl bald erscheinen. Kurz darauf klopfte es auch. Frau F. war inzwischen jedoch mißtrauisch geworden und wollte nicht öffnen. Die in ihrer Wohnung befindliche Frau drängte sie aber beiseite und ließ die Freundin ein. Jetzt fielen die beiden weiblichen Räuber über die Schneiderin her, warfen sie zu Boden und fesselten sie an Füßen und Händen, warfen sie dann aufs Bett und legten ein Kissen über das Gesicht, um sie am Schreien zu verhindern. In aller Eile durchwühlten die Täterinnen die Behältnisse und erbeuteten Schmuck-

## Die Nacht des Grauens.

### Furchtbare Folgen des Erdbebens in Griechenland.

Athen, 27. September.

Neue Nachrichten aus Chalcidice bringen furchtbare Einzelheiten der Folgen des starken Erdbebens, das gestern von 21.20 Uhr ab bis gegen Mitternacht dauerte. Etwa 15 Ortschaften an der Ostküste von Chalcidice sind beinahe völlig zerstört. Die Einwohner wurden während des Schlafs von der Katastrophe überrascht, was die hohe Zahl der Opfer erklären dürfte. Die ganze Bevölkerung der unglücklichen Gegend ist in Schrecken und Trauer versetzt. Die Zahl der Toten dürfte sich, wie die letzten Meldungen besagen, auf annähernd 150 belaufen, die der Verletzten auf 250 und die der eingestürzten Häuser auf etwa 3000. Der Gouverneur von Makedonien, Bonatas, ist an den Ort des Unglücks abgereist. Hilfsmaßnahmen wurden sofort in die Wege geleitet.

stücke im Werte von 200 Mark. Nach einiger Zeit gelang es Frau F., sich von der Fesselung zu befreien und Nachbarn zu alarmieren. Die weiblichen Banditen waren inzwischen über alle Berge. Kriminalkommissar Fährlich fand die Befundungen der Frau durch einen Lokalermittler bestätigt und hat die Nachforschungen nach den weiblichen Räubern aufgenommen.

Wie wir noch erfahren, hat sich der ungewöhnliche Raubüberfall, wie er in der Kriminalgeschichte Berlins vereinzelt daheilt, in dem Geburtshaus Stresemanns abgepielt. Die beiden Täterinnen müssen mit den Gepflogenheiten der Schneiderin einigermaßen vertraut gewesen sein; daraus weist jedenfalls ihr ganzes Vorgehen hin. Offenbar haben sie bares Geld vermutet. Frau Fall hatte aber nur ein paar Münzen in ihrem Portemonnaie. Die geraubten Schmuckstücke sind ein goldener und ein silberner Ring, ein Paar Ohrringe, eine gedrehte goldene Halskette und eine goldene Kadel mit einer echten Perle.

## Mieterrecht und Mieterschutz.

### Forderungen, die dringend Erfüllung heißen.

Am Montag tagten die Wohnungs- und Mieterfunktionäre im Gewerkschaftshaus und beschloßen nach einem Referat des Stadtkämmerers, Genossen Uja, einstimmig, nachstehende Forderungen an die Reichsregierung und die preussische Regierung zu richten.

Durch die Lohn-, Gehalts- und Rententürzungen ist der Anteil der Miete am Einkommen fortlaufend weitergestiegen, da der Mietzins für Alt- und Neubauwohnungen nicht entsprechend den Einkommensschrumpfungen herabgesetzt wurde. Hunderttausende Mieter stehen infolge unverhältnismäßiger wirtschaftlicher Notlage vor der Gefahr, infolge Mietzinsüberzuges ihre Wohnungen zu verlieren. Während für Landwirtschaft und Hausbesitz ein weitgehender Vollstreckungsschutz eingeführt wurde, Banken und Industrie seitens der Reichsregierung mit Liebesgaben reichlich beschenkt wurden, wird die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten laufend verschlechtert. Die Anwesenden fordern, daß mit dieser einseitigen Liebesgabenpolitik endlich Schluss gemacht wird und im Interesse des Rechts auf Wohnung folgende Forderungen vordringlich verwirklicht werden:

1. Schaffung eines gesetzlichen Vollstreckungsschutzes für hilfsbedürftige Mieter;
2. Senkung der Mieten bis mindestens auf die Vorkriegshöhe;
3. Schaffung eines sozialen Mieterrechts, das allen Mietern den Bestand ihres Mietverhältnisses sichert;
4. Förderung des Kleinwohnungsbaues mit ausreichenden öffentlichen Mitteln zur Behebung von Wohnungsnot und Wohnungsnot und im Interesse der Linderung der Arbeitslosigkeit;
5. gesetzlicher Reparaturzwang für den Altbaubesitz.

Der Vorsitzende, Genosse Battloch, warnte die Parteigenossen vor den wilden Kompensationschüssen, die unter kommunistischer Leitung Propaganda für Mieterstreiks machten. Wir fordern, so sagte er, gesetzlichen Schutz der Mieter durch vorstehende Forderungen, deren Verwirklichung und Durchführung seitens der Regierung möglich ist. In diesem Sinne Aufforderung zu verbreiten, ist unsere heiligste Pflicht im allgemeinen Volksinteresse. Die Kreis- und Abteilungsleitungen werden dringend ersucht, die Mieterfunktionäre in diesem sehr wichtigen Agitationsfeld im Parteinteresse zu unterstützen.

An Stelle des Genossen Ruben wird Genosse Felgentreu in den Ausschuss gewählt.

# Unsere Verfolgten- und Gefangenenhilfe

## Verzeichnis der Berliner Einzahlungsstellen

Am vergangenen Sonnabend veröffentlichten wir den Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der die Genossen in ganz Deutschland aufforderte, in tätiger Hilfe den Verfolgten und Gefangenen der Eisernen Front zur Seite zu stehen.

In seinen wichtigsten Sätzen sagte der Aufruf: Tausende von Opfern hat der Hafenzuerrückter schon gefordert: Tote und Verwundete, Verfolgte und Gefangene. Hunderte von Kämpfern der Eisernen Front sind angeklagt oder verurteilt. Viele sitzen schon in Zuchthäusern und Gefängnissen, die sich dem Terror entgegenstellten, die ihr Leben und das ihrer Angehörigen, Freunde und Genossen verteidigten. Hunderte von Prozessen schweben zur Zeit noch. Unsere verfolgten und gefangenen Kampfgenossen sind nicht verlassen! Die Angehörigen unserer getöteten und die unserer gefangenen Kampfgenossen werden nicht ihrem Schicksal überlassen! Wir alle müssen, wir alle werden helfen. Jeder kann helfen. Auch die bescheidenste Gabe ist willkommen!

Geldbeträge sind zu überweisen resp. einzuzahlen auf das Postcheckkonto Nr. 141 528 Berlin der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. a.“ Berlin, Depostenkasse Lindenstr. 3, für Konto Nr. 632 („Gefangenen- und Verwundetenhilfe“).

Einzahlungen nehmen weiter entgegen: 1. sämtliche Zahlstellen und Filialen obiger Bank, 2. alle sozialdemokratischen Zeitungs- und Verlagsstellen und 3. die örtlich bekanntgemachten Hilfsstellen der „Gefangenen- und Verwundetenhilfe“. Von den Hilfsstellen werden

auch Sachspenden (Nahrungsmittel, Kleidung, Bücher) gern entgegengenommen.

### Die Berliner Hilfsstellen sind:

„Vorwärts“-Filialen: Adlerstr. 174, Lehmann; Bärwalddstr. 47, Schmidt; Bostjanstr. 7, Fischer; Breitenhäger Str. 22, Gerth; Immanuelstr. 24, Döhl; Lausitzer Platz 14/15, Urban; Lichtenberg 1, Wartenbergstr. 1, Seifert; Lichtenberg 2, Boghäger Str. 62, Peters; Markusstr. 36, Arndt; Müllerstr. 34, Krause; Reutölln 1, Redarstr. 2, Thal; Reutölln 2, Siegfriedstr. 28/29, Rohr; Petersburger Platz 4, Reile; Prinzenstr. 63, Wolfstein; Schöneberg, Belgischer Str. 27, Rathmann; Watzstr. 9, Hönisch; Wilhelmshäger Straße 48, Joseph.

Ausgabe Stellen und Läden: Westen, Steglitzer Str. 37, Frau Stolzmann; Charlottenburg 1, Seefenheimer Str. 1, Frau Könemann; Oberschöneweide, Wilhelmshäger Str. 44a, Paul; Pantow, Mühlentstr. 70, Kihmann; Reinickendorf-Ost, Provinzstr. 56, Bahle; Reinickendorf-West, Scharnweberstr. 114, Bende; Treptow, Grachstraße 50, Medlenburg; Weißensee, Lehderstr. 2, Wiese.

Genossen und Genossinnen aus Groß-Berlin, wir alle werden unserer Pflicht gegenüber unseren Verfolgten und Gefangenen nachkommen!

Die weltliche Schule in der Andreasstraße 16a feiert am Mittwoch, dem 28. September, vorm. 10 Uhr, das 50jährige Jubiläum. Parteigenossen, die als ehemalige Schüler dieser Feier beizuhören wollen, melden sich beim Rektor Meier, Lange Str. 76, vorn 2 Tr.

**Männer Berlins! Das Dreigroschenwunder kommt**



## Die Volkshochschulen. Bildungsarbeit im kommenden Winter.

Stärker denn je wird in diesem Winter das Bedürfnis nach Fortbildungs- und Lehrkursen aller Art sein. Je verworrener die Zeiten, desto stärker der Drang nach Auffklärung und Wissen. Schon in den vergangenen Jahren hat sich das verstärkte Interesse an allen Volkshochschulinrichtungen in der wachsenden Zahl der Teilnehmer gezeigt. So konnte die seit 1920 bestehende Berliner Volkshochschule ihre Hörerzahl innerhalb von zwei Jahren um das Vierfache vermehren. Es wird deshalb auch weiterhin die Aufgabe der städtischen Verwaltung sein müssen, gerade die Bildungsstätten für die arbeitende Bevölkerung weiter auszubauen und für weiteste Kreise zugänglich zu machen.

Besondere Beachtung verdienen heute natürlich die Erwerbskurse, für die besondere Tageskurse von der Volkshochschule Berlin eingerichtet werden. Und zwar kommen dort dieselben Fächer zum Unterricht wie in den Abendveranstaltungen. In den aufbauenden Kursen werden besonders Sprachen gelehrt, sowie Rechnen, Erdkunde, Staatsbürger- und Wirtschaftskunde. Ferner besteht eine Volkshochschule und eine Volksmusikschule. Die wissenschaftlichen Kurse behandeln dagegen mehr spezielle Arbeitsgebiete mit praktischen Übungen und Arbeitsgemeinschaften. Das neue Lehrjahr beginnt am 16. Oktober 1932. Die Gebühr für einen Kursus von neun Doppelstunden beträgt 2,50 M. (Fremdsprachkurse 3,50 M.). Der ausführliche Lehrplan wird kostenlos durch die Volkshochschulämter der Bezirke, in den städtischen Büchereien, Gewerkschaften usw. ausgegeben. Die Tageskurse für Erwerbslose findet in dem königlichen Gymnasium, Elisabethstr. 57-58, in der Nähe des Alexanderplatzes statt. Anmeldungen hierzu werden nur in der Geschäftsstelle der Volkshochschule, Breite Str. 11, angenommen und nach Beginn der Kurse im Lehrgebäude.

Auch die Gewerkschaften führen in diesem Winter selbstverständlich die besonders für ihren Berufszweig wichtigen Bildungsveranstaltungen fort. So beginnt der Zentralverband der Angestellten mit seiner Fortbildungsarbeit in der zweiten Oktoberwoche. Dort werden besonders Sprachfächer, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Verkauf- und Warenkunde, sowie neuere Bürotechnik behandelt. Die Kurse finden in verschiedenen Berufsschulen statt und kosten für ein halbes Jahr Unterricht 4 M. Gebühr. Erwerbslose Mitglieder sind von der Gebührenzahlung befreit. Meldungen nimmt das Ortsbüro in der Hebbelmannstraße an. Die Buchdrucker werden ebenso mit einem vollständigen Bildungsprogramm herauskommen.

Infolge der Reichstagswahlen wird die Arbeiterbildungsschule erst im November beginnen, worüber noch gesonderte Mitteilung erfolgt. Heute wird aber nochmals auf die Vortragsschule vom 3. bis 7. Oktober aufmerksam gemacht, in der Luitpold Stern aus Wien an fünf hintereinanderfolgenden Abenden über „Das Antlitz der Weltwirtschaft“ sprechen wird.

## Furchtbarer Tod eines Knaben.

### Die Folgen eines Jungenstreiches.

In der Adolfsstraße auf dem Wedding ereignete sich gestern Abend ein entsetzlicher Unglücksfall. Mehrere Kinder spannten ein Hanffleisch über die Straße, um im jugendlichen Lebermut Radfahrer zu Fall zu bringen. Das eine Seilende befestigten die Jungen an einer Straßentafel, während der sieben Jahre alte Ulrich M. H. a. r. a. c. e. l aus der Adolfsstraße 1 sich das andere Seilende um den Leib schlang. In diesem Augenblick passierte ein Lastauto mit zwei Anhängern die Adolfsstraße. Das Seil verwickelte sich in einem Rad, und durch die Umkehrungen wurde das Seil derart angespannt, daß der Siebenjährige auf der Stelle getötet wurde.

## Tragödie eines Reichwehrgoldaten.

### Die Geliebte und sich selbst erschossen.

Der 18jährige Reichwehrgoldat Jakob Liehr tötete in Hofheim am Nied seine Geliebte, die 17jährige Anna Marie Bösch, durch einen Herzschuß und brachte sich selbst einen tödlichen Kopfschuß bei. Liehr, der beim 15. Infanterieregiment in Gießen diente, weilte bei seinen Eltern in Hofheim auf Urlaub. Er hatte seit zwei Jahren mit dem Mädchen ein Verhältnis, das auch von den Eltern der beiden jungen Leute geduldet wurde. Soweit bis jetzt feststeht, hat Liehr aus Eifersucht gehandelt.

# Die Geschichte der Apotheke

## Berlins älteste Apotheke — Ein Monopol und seine Wirkung

Gegenüber dem Berliner Rathaus liegt die Simonsapothek, die als die älteste Berliner Apotheke gelten kann. 1488 kam sie, wie die Chronik berichtet, in die Hand des Hans Zehender; es war die einzige für die beiden Städte Berlin und Köpenick. In dem von dem Rat beider Städte ausgestellten Privilegium war gefordert, daß neben ihm kein zweiter Apotheker aufgenommen werden solle. Ueber ein Jahrhundert früher, in einer Urkunde von 1354 findet auch schon ein Apotheker Erwähnung. Er hatte dem Markgrafen Ludwig Geld geliehen; auch das Landbuch von 1375 erwähnt einen Apotecarius. Ob es sich in diesen Fällen schon um Apotheker im heutigen Sinne handelte, scheint nicht ganz sicher, so daß man wohl die Simonsapothek als die nachweisbar älteste Apotheke ansprechen kann. Im 17. Jahrhundert tauchten zwei weitere Apotheken auf, nämlich die Einhornapothek von 1664 und die Rotewälder-Apothek von 1693.

Die Apothekerkunst, die Kunst, aus Arzneistoffen Heilmittel zu bereiten, ist uralte, sie ist schon im klassischen Altertum gehandhabt worden. Damals war es Sache der Ärzte, die Arzneimittel selbst zu bereiten. In Arabien sollen schon im 8. Jahrhundert geistlich sanktionierte Vorschriften zur Bereitung von Arzneimitteln bestanden haben, und 1754 soll die erste Apotheke in Bagdad errichtet worden sein.

Die oben erwähnte Zehender-Apothek war zu Berlin am Fischmarkt gelegen. (Es handelte sich dabei aber nicht um den „Königlichen Fischmarkt“.) Die vom Rat ausgefertigten Privilegien mußten auch in der kurzfristlichen Lebensspanne ihre Bestätigung erhalten. Aus einer solchen Urkunde erfahren wir, daß Anno 1599 die Zahl der zugelassenen Apotheken auf drei festgelegt war. Weitere Urkunden aus den Jahren 1720/21 berichten uns, daß 1707 Christian Warggraf Edle Spandauer und Probirgasse eine Apotheke angelegt habe; er hatte das oben erwähnte Privileg des Apothekers vom Fischmarkt übernommen, das für dieses Haus nun erloschen war. Eine

königliche Verordnung von 1721 besagt, daß diese beiden Privilegien „ungetrenntlich vereinigt“ seien.

Bald nach dieser Zeit ist noch eine Apotheke eröffnet worden, die noch heute besteht. Es ist die an der Ecke der Rosenhaler und Neue Schönhauser Straße liegende „Rothke Apotheke“, die 1732 an der Stelle des heutigen Willems-Hauses errichtet wurde, und die also vor kurzem ihr 200jähriges Jubiläum feiern konnte. Der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. suchte mit Macht aus der damals 70 000 Einwohner zählenden Stadt Berlin eine Großstadt zu machen, und so entstand ein ganzes Viertel der Friedrichstadt. Der Hofrat und Beiratsmitglied Dr. Augustin Buddens erhielt nun vom König das Privileg, im Hause Kochstraße 22 eine Apotheke zu errichten. Der Herr Hofrat hatte sein Gehuch an den König mit den Worten geschlossen: „Für welche hohe königliche Gnade ich in aller Untertänigkeit ersterbe, allerdurchlauchtigster, großmächtigster König, allergnädigster Herr, Euro königlichen Majestät alleruntertänigster, dazu gehorsamster Knecht.“

In Deutschland sind gegenwärtig schätzungsweise 5 1/2 Tausend Apotheken vorhanden. Da das Apothekergewerbe zu den wenigen „konzessionierten Gewerben“ gehört, so besitzen die Apotheker ein Monopol. Das mag für die Bereitung von Arzneien nicht zu umgehen sein, hat aber zur Folge, daß die Bevölkerung für Apothekergewinne ungeheure Summen opfern muß. Die Apotheken gehen für hohe und immer höhere Preise aus einer Hand in die andere. So wurde beispielsweise die „Wilde-Apothek“ in Mittenstein, die im Jahre 1807 mit 174 000 M. erworben wurde, im Jahre 1906 mit 470 000 M. verkauft. In Reuthen stieg der Preis einer Apotheke von 200 000 M. im Jahre 1890 auf 600 000 M. im Jahre 1906. Die Sozialdemokratie hat deswegen schon immer die Verstaatlichung der Apotheken gefordert. Bei Beratung der Reichsversicherungsordnung im Jahre 1910 verlangte sie, daß den Krankenkassen die Errichtung von Apotheken gestattet werde. Geschehe dies, so könnten den Kranken ungeheure Summen erhalten werden.

# Vom Eis zum Puffer

## Nur ein Fünftel der Eisläden übersteht den Herbst

Mehr noch als die Krise ist das Wetter die Zuchttrute des Speiseeisgeschäfts. „Der Sechser oder der Grobsehn — sagte ein Eisbändler —, der ist hier und da schon noch übrig, wenn nur immer die Sonne brennen würde, daß der Asphalt weicht, dann geht es schon.“ So war z. B. das Jahr 1931 mit seinem verregneten Sommer ein ausgemachtes Pleitejahr für die Eisbändler. Dagegen war die Saison 1932 trotz der lähmenden Krise für das Speiseeis zufriedenstellend. Die besten Wochen für den Eisverkauf waren im Mai und im August. Hier gab es Tage mit einer fast tropischen Sonnenhitze und dementsprechend auch mit einem immensen Verzehr an Eiswasser. Selbst kleinere Eisdielen konnten im Mai und August ansehnliche Ueberschüsse erzielen.

Hierfür war allerdings Voraussetzung, daß die Eisläden den diesjährigen Juni überstanden. Der Juni war ein kalter, regnerischer Monat, in dem, wie von sachkundiger Seite versichert wird, über 100 Eisbändler schließen mußten, weil sie — an sich ja nur von der Hand in den Mund lebend — die laufenden Betriebsmittel nicht mehr ausbringen konnten. Wer dann die kühle Zeit überstanden hatte, der durfte, wenn ihm nicht der Hauswirt alles abnahm, einigemmaßen Gewinn erzielt haben. Es herrscht nämlich im Grunde genommen zwischen den Eisbändlern und den Hauswirten ein gespanntes Verhältnis. Als vorübergehende Saisonmieter wollen die Hauswirte die Eisdielen gerne schröpfen,

dagegen können die Eisbändler für sich in Anspruch nehmen, daß sie in diesen Zeiten die einzigen sind, die überhaupt einen von den vielen leerstehenden Läden mieten.

Um nicht in einem regnerischen September den Gewinn vom August hergeben zu müssen, haben die meisten Eisbändler bereits Anfang September geschlossen. Nur verschwindend wenige sind in diesen Tagen noch geöffnet. Interessant ist, daß sich nur etwa ein Fünftel aller Berliner Eisbändler auf ein Wintergeschäft umstellt. Vier Fünftel schließen gänzlich und suchen sich als Markt- oder Straßenbändler durchzuschlagen, nicht wenige gehen aufs Arbeits- oder Wohlfahrtsamt.

In früheren Jahren konnte man nur die Umstellung vom Speiseeis im Sommer auf Schlachtgeflügel im Winter. Das hätte so bleiben können, wenn die Arbeitsmänner freitags noch ihre 60 M. nach Hause bringen würden. Infolge der Krise mußten sich die Eisbändler nach bescheldeneren Waren umsehen als Gänsebraten: viele haben deshalb aus der Eis- eine Pufferdielen gemacht. Andere versuchen mit Würstchen oder Zigarren über den Winter zu kommen. Die kleinen Eisbändler, die dem Winter mit Schrecken entgegensehen, verschleißen gegenwärtig ihre Laden-einrichtungen, von 300 M. ab kann man den ganzen Zubehör zu einer Eisbändler kaufen. Wer aber wirklich Geschäfte machen, gutes Sahneeis und verschiedene Fruchtforten liefern will, mußte schon einen Tausender ins Geschäft stecken.

## Achtung, SPD.-Betriebsvertrauensleute!

Morgen Donnerstag, 9 1/2 Uhr, in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31

## Funktionärkonferenz

aller SPD.-Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre

Tagesordnung: „Der Machtkampf für sozialistische Weltgestaltung“. Ref.: Arthur Crispian

Ohne Funktionärsausweis der Partei und Parteimitgliedsbuch kein Zutritt. Das Betriebssekretariat.

## Zuchthaus im Polizeiprozeß.

### Sühne für jahrelange Unterschlagungen.

Hagen, 27. September. (Eigenbericht.)

Im Hagener Polizeiprozeß wurden drei der schuldigen Polizeibeamten zu insgesamt 7 1/2 Jahren Zuchthaus nebst Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf je fünf Jahre verurteilt. Wegen Beihilfe zu Betrug, Unterschlagung und Urkundenfälschung erhielten zwei der angeklagten Geschäftsleute vier und sechs Monate Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist; außerdem müssen sie eine Geldbuße von tausend Mark bezahlen. Zwei Angeklagte erhielten 50 bzw. 100 Mark Geldstrafe, ein achter wurde freigesprochen.

Die Verhandlungen entrollten ein Bild jahrelanger Untreue und Unterschlagungen, durch die verurteilten Polizeibeamten. Die veruntreuten Gelder haben eine Höhe von mehr als 260 000 Mark erreicht, die im Laufe der Zeit von den Schuldigen verbüßelt und verspielt worden sind. U. a. wurde in dem Prozeß erwiesen und festgestellt, daß alle Straftaten vor der Verstaatlichung der Hagener Polizei begangen worden sind; also vor dem Jahre 1927. Mit der Verstaatlichung der Polizei war den Betrügeren ein Niesel vorgehoben. Allerdings konnten die verurteilten Beamten durch gefälschte Rechnungen und Büchermanipulationen die unterschlagenen Summen noch lange Zeit vertuschen, bevor die Aufdeckung erfolgte.

Die Nazipresse hatte versucht, den Skandal dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Schöbel an die Rockschöße zu hängen. Schöbel ist aber erst mit der Verstaatlichung der Polizei nach Hagen gekommen. Damit wurde durch den Prozeß auch die gewissenlose Lügen- und Verleumdungsmethode der Nazipresse wieder einmal erwiesen und verurteilt.

## Erntefegen — Ernteforgen.

Im Schützenhaus Rausdorf zeigte der dortige Haus- und Grundbesitzerverein die Früchte eifrigen sommerlichen Schaffens. Die langen Tische bogen sich unter der Fülle prächtiger Kessel und Birnen; 44 Sorten hat beispielsweise ein einziger Aussteller, der mit dem 3. Preis ausgezeichnet wurde, gezogen. Sein Stolz ist die Baumann-Reinette und der kraftstrotzende Ontario-Winterapfel. Aber was dem Obstgarten recht ist, ist dem Gemüsegarten billig.

„Da sehen Sie einmal meinen sechzigjährigen Kärbis an“, meint er voll Stolz; aber auch die anderen Kollegen haben reiche Gemüsernte zu verzeichnen. Riesenkohlrabi und Sellerie, straffe Tomaten in leuchtendstem Rot, Kohl und Kartoffeln. Der Rausdorfer Boden ist zum Teil lehmig, zum anderen sandig, es gehört neben viel Mühe und Fleiß auch schon allerhand Geld dazu, dem Boden das zu versehen, was ihm fehlt. Und hier beginnt auch gleich die Tragik des Züchters. 800 Mitglieder zählt der Verein, etwas über 60 haben ausgesteilt. Aber auch diejenigen, die reich ernten konnten, sind nicht restlos glücklich, sie wissen mit all dem Segen nicht aus noch ein, das Fallobst bedeckt den Boden, an den dichtbesetzten Kisten treibt die Wade an den schönsten Früchten ihr Zerdrückwerk, an den Stauben saulen die schönen Tomaten, die in der milden Septembersonne noch so gut reifen. „50 Pfennig für den Zentner Tomaten haben sie mir geboten“, erzählt der Mann, „na, da laß ich sie lieber verkaufen.“ Mit dem Obst ist es dasselbe, die Zwischenhändler wollen sich dabei gesund machen und mehr verdienen als der Erzeuger. Und der gigantische goldgelbe Sechzigfünder geht ebenfalls dem traurigen Schicksal des Verwesens entgegen. „Was nähm da die schönen Reden der Herren von der Verkaufsanstalt, die den Tomatenbau als Erwerbsobjekt propagieren.“ Mit den Eiern ist es dasselbe, das teure Futter macht den billigen Preis unmöglich, der Mann, der eine Hundertschaft geflügelter Eierlieferanten zog, hat 70 davon verkaufen müssen.

## Fünzig Opfer der Sturmkatastrophe.

San Juan (Portorico), 27. September.

Die Zahl der Todesopfer der Sturmkatastrophe wird nunmehr auf 50 geschätzt. Der Sachschaden dürfte sich auf viele Millionen Dollar belaufen. Die größten Befürchtungen hat man wegen der Orangenernte, deren Ertrag vor dem Orkan mit 7 Millionen Früchten eingestellt war. Auch die Kaffee-Ernte ist sehr geschädigt.

## Bücherhilfe für Erwerbslose.

### Geplante Maßnahmen für den Winter.

Die Berliner Bücherhilfe für Erwerbslose will in Zusammenarbeit mit den dafür in Betracht kommenden Behörden, Gruppen, Organisationen und Einzelpersonlichkeiten die planmäßige Versorgung der Erwerbslosen mit Büchern unterstützen. Zu diesem Zweck sollen Einrichtungen, die bisher schon sich dieser Arbeit angenommen haben, die so dringend nötige Förderung erhalten. Neue Maßnahmen sollen in die Wege geleitet werden. Für den Winter 1932/1933 sind mehrere Maßnahmen in Aussicht genommen.

Vor allem will man eine erweiterte Öffnung der Lesezimmer bei den städtischen Büchereien erreichen, ferner sollen die Erwerbslosen-Tagesheime mit Lesestoff und Büchern für die dort stattfindenden Kurse und die freie Bildungsarbeit der Erwerbslosen versorgt werden. Weiter sollen neue Belegstellen in Zusammenarbeit mit Selbsthilfemaßnahmen der Erwerbslosen und der verschiedenen Verbände und Organisationen eingerichtet werden. Besonders will man sich die Versorgung der Erwerbslosen in den Stadttrandgebieten und die Beschaffung von Lesestoff und Büchern für die Arbeitslager angelegen sein lassen.

Die Berliner Bücherhilfe will durch Zusammenfassung aller an dieser Arbeit interessierten Kräfte, trotz der großen bestehenden Schwierigkeiten, die Beschaffung der für diese Maßnahmen erforderlichen Bücher und Mittel in Verbindung mit der Geistigen Bücherhilfe Berlin und der Winterhilfe Berlin in die Wege leiten. Der Berliner Bücherhilfe gehören die Vertreter der kommunalen und weltanschaulichen Bücherarbeit, des Buchhandels und der Winterhilfe an.

## Selbstmord eines Wiener Großindustriellen.

Wien, 27. September.

Der Textilgroßindustrielle Felix Pollak-Barnegg hat sich heute nachmittag im Krematorium erschossen.

## Wieder Polizeibeamter verunglückt.

In der Neuen Königstraße wurde am Dienstagnachmittag der Schupwachmeister K o e b e von der 2. Sicherheitsgruppe der Inspektion Alexander von einem Motorfahrrad überfahren und schwer verletzt. Der Beamte war in der Neuen Königstraße zur Unterstützung des dort postierten Verkehrsbeamten herangezogen worden. Dabei wurde er von dem Motorrad erfaßt. Mit schweren Brustverletzungen brachte man den verunglückten Beamten ins Staatskrankenhaus nach der Schornhorststraße.



# Wiedersehen mit Berlin.

## Erneuerungen und Erinnerungen.

Die folgenden Zeilen stammen aus der Feder eines geborenen Berliners, der seit langen Jahren in West- und Süddeutschland lebt und sein Wiedersehen mit dem Berlin 1932 schildert.

Berlin, Anhalter Bahnhof. Das Gewimmel der aus den Ferien Heimkommenden. Sie sind braun — und sie lachen.

Auf dem Astanischen Platz leuchten die Abendlampen auf. Das Hochhaus zeigt seine Umrisse mit violetten Lichtstrahlen. So, so! Nicht mehr „Königsgräber“, sondern Stresemannstraße! Ich gehe in einen Zigarrenladen. Beim Herausreten verstellen mir zwei blasse Jungen den Weg: „Sie, hamlie Zigarrenbilder?“ Aha! Dieselbe „neuzeltliche“ Sammelwut der Kinder, wie in der Provinz. Pfiffig gehen indessen die Berliner Jungen direkt an die Quelle. Blockieren mit Tempo und Leidenschaft den Tabakladen.

Ein Radfahrer ruft einem Geschäftsauto-Chauffeur zu: „Do, kannste nich reds fahren? Oller Duell!“

Sept weiß ich: Ich bin in der Heimat!

Der durchschnittliche Provinzler will in Berlin sehen: den Kurfürstendamm, den neugerechten Alexanderplatz mit seinem großen Stufen-Untergrundbahnhof, die Kous und das Haus „Vaterland“, und so. Ich schaue nach anderen Dingen.

In der Tot, welche Veränderungen! Da, wo wir als Kinder Indianer und Trapper spielten, an der „Halsenbelle“ des Tempelhofer Eierzirkels, starten heute Hiesiger zu Europaplätzen. Und im Umkreis des Flugplatzes blinken nachts an hohen Schornsteinen und Kirchen rote Lichter zur Warnung und zum Wegweisen.

Am „Kolltrog“, Hermannplatz, machten die Rutscher „Aufjehn“, um sich vor der „großen Fahrt“ von Altdorf nach Berlin mit einem Nordhäuser zu stärken. Heute steht an dieser Stelle ein großes Geschäftshaus und schrägüber ragt das Mammuthaus Karstadt mit zwei riesigen Dombtürmen gen Himmel.

Solche Veränderungen sind an allen Ausfallstraßen und in den weit draußen liegenden Vororten, die früher zum Teil märkliche Dörfer waren, festzustellen.

Was denn? Einen Winkel fand ich, der sich kaum in den letzten Jahrzehnten verändert hat: Alt-Stralau! Auf der Halbinsel zwischen dem Mühlentorsee und der Spree. Alte, wendische Siedlung. Die schlichte Kirche aus dem 15. Jahrhundert, von Schinkel 1822 erneuert, ist leider vernachlässigt.

An den Häusern hängen noch die Reste von Girlanden und Papierfächern: Von der Feier des Stralauer Fischzuges. Die alten Berliner aßen hier an jedem 24. August Kase, Barfe, Wägen und Schote. Und tranken eine Weiße. Die Neugeborenen wurden von Müttern mit Spreewasser gewaschen. Dann blieben sie „gesund“.

Hier an der Spitze der Stralauer Halbinsel, wo die Rot des Industrieproletariats heute in allen Phasen abgelesen werden kann, hat der junge Karl Marx im Jahre 1837 gelesenen. In einem Brief vom 10. November 1837 an seinen Vater (dessen Original jetzt im Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands liegt und der im ersten Band des neuen Werkes „Der historische Materialismus“ von Landshut und J. P. Mayer — Seite 6 und 7 — veröffentlicht wird) schreibt Karl Marx u. a.:

„Dah bei diesen mancherlei Beschäftigungen das erste Semester hindurch viele Nächte durchwacht, viele Kämpfe durchstritten, viele innere und äußere Anregung erduldet werden mußte, daß ich am Schluß doch nicht sehr bereichert hinaustrat und dabei Natur, Kunst, Welt vernachlässigt, Freunde abgestoßen hatte,

diese Reflektionen schien mein Körper zu machen, ein Arzt riet mir das Band, und so geriet ich zum ersten Male durch die ganze lange Stadt vor das Tor nach Stralow (heute Stralau. Der Verf.). Daß ich dort aus einem bleichlichen Schwächling zu einer robusten Festigkeit des Körpers heranreifen würde, ahnte ich nicht.“

Karl Marx studierte damals in Berlin und wurde erstmalig mit Hegel bekannt. In dem gleichen Briefe sagt er seinem Vater: „Ich hatte Fragmente der Hegelschen Philosophie gelesen, deren groteske Feilenmelodie mir nicht behagte.“ Weiter berichtet Marx, daß er durch Zusammenkünfte mit Freunden in Stralau in einen Doktorklub geriet, dem einige Privatdozenten und sein intimster Berliner Freund, Dr. Rutenberg, angehörten. Dem „Doktorklub“, dem Kreise der Hegelschen Linken Berlins, hat Marx bald den Rücken gekehrt. Er wuchs zur Selbstständigkeit. Zum ökonomischen Kritiker und Schöpfer!

Interessant aber, daß eine Etappe auf diesem Wege das frühere Fischerdorf Stralow, der heutige Berliner Proletarier-Vorort Stralau ist!

Mittags schlenderte ich von den Linden her die Wilhelmstraße hinunter. Bei Herrn v. Papen vorbei. Halbkreuzler in Uniform habe ich noch nicht gesehen. Aber jetzt schaue ich auf eine große Hieserstraße: Eke Hedemannstraße. Richtig, das Berliner Hauptquartier der Nazis. In einem Schaufenster stehen Ziegelsteine, darauf Mauerwerk und Wassermaße. Die „Aufbauwilligen“... Aber gleich im Nebenstraßen: Schwarze Klappen der SS, mit Totenköpfen! Die Handgranaten liegen wohl in einem dunkleren Raum. Ein anderes Schaufenster: Regalreiches Wachfigurenkabinett! Puppen in Braunhemden. Die ganze Aufmachung riecht nach überlebtem „Helden“-Panoptikum. Da ist auch das Buch: „Hitler, wie ihn keiner kennt.“ Adolf in Zivil.

Herrlich, wie leicht und schnell man heute mit der elektrischen Stadt- und Vorortbahn an den Kranz der märkischen Seen um Berlin herum herankommt. An den Tegeler See, an die „Pißche“, an die Müggel, an den Wannensee usw.

Das Freibad Wannsee feierte in diesem Jahre sein 25-jähriges Bestehen. Da, wo heute die langen Promenadenhallen des wundervollen Freibades (das die Konkurrenz mit Ostseebädern aufnehmen kann!) stehen, da gab es vor 25 Jahren nur Sand, Dünen und Kiefern. Volkstümliche Epigonen stellen hier ihre Staffelei auf und malen den See und die glühenden Kiefern. Wasserfreunde, die Brachts Bade-Notverordnung noch nicht ahnen konnten, zogen sich hinter dem Stamm einer Kiefer aus und tummelten sich an dem idealen Strand.

Das Originellste sah ich an der idyllischen Großen Krampe, jenem Seearm, der sich von der Krampenburg gegenüber Schmöwitz nach Müggelheim hinzieht (und in dessen Schlingpflanzentiefen einst Kurt Grottelwitz ertrank). Am weißlichen Wald- und Dünenufer dieses schlanken Sees haben sich arbeitslose Kuderer und Segler in regelrechten Zeltdörfern für den Sommer angesiedelt. Mit Rind und Regel. Mit Kaffeelanne und Suppenöffel. Vor den Zelten kleine Waldgärtchen („Elias Heim“ und so...), mit Steinen und Blumen. Naturliebe plus Proletariernot. Ein Zeichen der Zeit.

Berlin 1932. Berlin im Tiefpunkt der Weltkrise. Viel Elend sieht man. Viel pessimistische Stimmen hört man. Verbitterte Stimmen der Arbeitslosen, der Opfer der Krise. Doch der Berliner Humor, der trockenste der Welt, ist nicht untergegangen, nicht einmal angekränkt.

durch das Schnellamt Berlin, das sie durch Wählen von K 9 erreichen. Die Gebühr für ein Gespräch von 3 Minuten Dauer nach Falkensee beträgt während der Zeit von 8 bis 19 Uhr 30 Pf., in der übrigen Zeit 20 Pf. Auf die Vorbemerkungen im Amtlichen Fernsprechbuch von Berlin auf Seite XIII unter D wird hingewiesen.

„Der weiße Rausch“ im Planetarium. Ab 27. September läuft im Planetarium der Tonfilm „Der weiße Rausch“, der vom munteren Treiben schölicher Winterportler auf dem Untergrund der wunderbaren Erhabenheit des Gebirges berichtet. Der astronomische Vortrag, der dem Film einleitet, behandelt das Thema: Ein neuer Komet. Gemeint ist damit ein kleinerer Komet, der augenblicklich am Himmel zu beobachten ist. Die Vorführungen finden täglich um 8, 5, 7 und 9 Uhr statt.

Verlegung der Tuberkulosefürsorgestelle Kreuzberg. Die Städtische Tuberkulosefürsorgestelle, die im Gesundheitshaus, Am Urban 10/11, untergebracht ist, wird am 3. Oktober 1932 in das ehemalige Krankenhaus Götlicher Straße 104/105 verlegt. Die Fürsorgestelle bleibt am 3., 4. und 5. Oktober 1932 für den Publikumsverkehr geschlossen. Ab 6. Oktober 1932 finden die Sprechstunden wie bisher, Dienstags und Freitags von 10 bis 12 Uhr und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr statt.

Wetterausblick für Berlin: Kühl, anfangs nach Niederschläge, später zunehmende Besserung, mäßige Winde zwischen West und Nord. — Für Deutschland: In der südöstlichen Reichshälfte meist bewölkt und zunächst noch regnerisch, im übrigen Reich zeitweise heiter, vereinzelt Schauer, überall kühl.

## Sport.

### Rennen zu Hoppegarten:

Selbs-Rennen: 1. Nichtst (Hannes); 2. Rabe in Germany; 3. Tuma. Toto: 61:10. Platz: 16, 12, 18:10. Ferner liefen: Wilko, Janbederrischer, Lucino, Sternensand, Marina.

Tilla-Rennen: 1. Ornelio (O. Schmidt); 2. Tally; 3. Goldene Kur; 4. Purkin. Toto: 19:10. Platz: 11, 15, 21, 20:10. Ferner liefen: Metsh, Graf Rici, Progreß, Rogul, Denny, Reich aus, Fiorina, Malenblau.

Rudis-Rennen: 1. Della I (Gugurnin); 2. Kavalis; 3. Hiesgenpils. Toto: 41:10. Platz: 15, 31, 21:10. Ferner liefen: Atrileana, Felagon, Reuladner, Steinisch, Marcelina, Wamba, Sable, Gligamech.

Palms-Rennen: 1. Ideolog (Wintzen); 2. Wenas; 3. Marlene. Toto: 17:10. Platz: 10, 10, 10:10. Ferner liefen: Vontifeg, Ubland, Tasmania, Geh daran (Blitz liehen).

Serena-Rennen: 1. Feldweibel (GSD); 2. Affenheim; 3. Memantina. Toto: 42:10. Platz: 18, 35, 26:10. Ferner liefen: Kavalis, Gerobias, Ocaulor, Pittsteller.

Sonnensüßchen-Rennen: 1. Nummerlein (Wintzen); 2. Omega; 3. Zumut. Toto: 51:10. Platz: 17, 32, 18:10. Ferner liefen: Pibella, Kasebomer, Kittenberg, Silwin, Halime.

Fraueninsel-Rennen: 1. Mhadjie (Schmidt); 2. Rex Diavolo; 3. Pihler; 4. Senator. Toto: 22:10. Platz: 48, 21, 58, 22:10. Ferner liefen: Bergheimmüch, Robenik, Anita, Kausch, Selmut, Sobet, Pilsa, Ammonenwarte, Sternforte, Sanha, Felspoh.

Doppelwette: Della I — Feldweibel 191:10.

### Ausstellungen bei Lieh.

Im Handarbeitslager des Hauses Lieh, Leipziger Straße, gibt es eine Fülle von Dingen weiblicher Kunstfertigkeit zu sehen. Die Handarbeitsmethode orientiert sich ein wenig zurück auf die Zeiten des Stils- und Kreuzstiches, der Teppichhandweberei, der Häkel- und Strickarbeit. Die Neuzeit liefert das schöne Lineament der Musterung und die Vielfältigkeit der Farbausammenstellung. So sieht man schöne, geschmackvolle Decken, Kaffeewärmer und vieles andere Nützliche für den Haushalt in bunter Kreuzsticharbeit, pompös wirkende Sofaissen in einfachen, schlageligen Häkelfächern, daneben Filz- und Hochflaumarbeiten. Mädchen in der kleidsamen Originaltracht der Bewohner der Kanarischen Halbinsel führen die dort heimische Teneriffaarbeit vor. Zwei Stöck höher, im Lampenlager, gibt es eine ungemein interessante historische Schau des Beleuchtungswesens, eine Leihgabe des Sonnenberger Heimatmuseums, zu sehen. Gollsch, läßt geschichtliche Leuchter aus dem 16. Jahrhundert, das Feuerzeug um 1700, bestehend aus einer Büchse, enthaltend ein Stück Eisenblech, Feuerstein und Feuerschwamm; der jugendliche Feuerstahl befindet sich am Rücken des Taschennessers. Harzplatten und präparierte Scheiben des Buchenpilzes, die Feuerungszwecken dienen, Röhrlampen aus Glas, Zinn oder Messing, Spiralleuchter mit verchiebbarer Fülle und noch vieles Sehenswerte. Dann geht es über zu unserer modernen, viellertigen, blendendhellen Beleuchtungstechnik. Auch die Gardinenausstellung bietet viel Sehens- und Kaufenswertes, moderne Baumwollgardinen, Kunstseidenstoffe und Filzstores.

## Kongreß für Kleinkind-Erziehung

Berlin-Schöneberger Rathaus, Rudolf-Wilde-Platz

1. bis 5. Oktober

Eröffnung: 1. Oktober, 9 Uhr

- I. Entschieden Schulreform und Kleinkind  
Redner: Prof. P. Oestreich, Dozent M. Weise
- II. Individualpsychologie und Kleinkind  
15 Uhr / Redner: Dr. Künkel, Dr. Neuer, Müller-Main
- III. Kleinkind-Erziehung im Sinne Fröbels  
2. Oktober / Redner: Dr. Muchow, Dr. Kulenkampff, Dr. Boeckers, Luise Lampert
- IV. Kleinkind-Erziehung i. Sinne Montessoris  
4. Oktober / Redner: Anne Rump, Anni Leiser, Ida Acter, Prof. Gerhards, Dr. Stern, Eva v. d. Dunk
- V. Psychoanalyse und Kleinkind  
5. Oktober, 9 Uhr / Redner: Dr. Bernfeld, Anno Freud, Gertrud Behn-Eschenburg
- VI. Entschieden Schulreform  
5. Oktober, 15. Uhr / Redner: Dr. Tacke, Dr. Helling

Oeffentliche Kundgebung / 3. Oktober, 20 Uhr  
„Das volle Menschentum für jedes Kleinkind“

Ausstellung zur Kleinkind-Erziehung  
1.—7. Oktober — Ausstellungshalle

Führungen und Besichtigungen / 3. Oktober

## 400 uralte Burgwälle in der Mark.

Die Feststellungen der „Gesellschaft zur Erforschung der Burgwälle in Norddeutschland“, die mit Unterstützung der Reichsgemeinschaft der deutschen Wissenschaft arbeitet, haben ergeben, daß allein in der Mark Brandenburg rund 400 vorgeschichtliche Burgwälle in mehr oder weniger gutem Zustand, teilweise auch nur noch in Spuren, erhalten sind. Die älteren dieser brandenburgischen Burgwälle stammen meist aus der jüngeren Bronzezeit (900—800 v. Chr.), die jüngeren, oft unter Benützung älterer Anlagen ausgeführten Wälle sind im allgemeinen in der Slawenzeit entstanden. Im Zusammenhang hiermit ist es von Interesse, daß kürzlich bei Landsberg an der Warthe ein ungefähr 4000 Jahre altes Steinkammergrab freigelegt wurde, das etwa 5 Meter lang ist. Das Grab stellt eine Uebergangsform von der Steinkammer zur Steinplattentiste dar. Man fand darin außer mehreren Tongefäßen, Steinbeilen und kleineren Horngeräten 21 Schadel und in der Nähe der Türplatte zwei Skelette in Hochstellung. Die Seitensteine bestehen teils aus Granit, teils aus rötlichem Sandstein. Die Sandsteinplatten sind an der Innenseite durch Bearbeitung glatt gemacht worden.

## Auch die Berliner fahren „ins Blaue“.

Dah auch die Berliner an dem zuerst in Westdeutschland von der Reichsbahn unternommenen „Fahrten ins Blaue“ Gefallen finden, beweist der Verlauf der gestrigen ersten BVB-Fahrt „ins Blaue“, die einen vollen Erfolg darstellte, denn trotz der zuerst recht ungünstigen Witterung füllten rund 200 Personen die fünf für diesen Ausflug bereitgestellten Sonderwagen, die den Leipziger Platz mit unbekanntem Ziel verließen. Alles Rastelaten darüber, wohin die Fahrt ging, war ziemlich vergeblich, denn die BVB. erschloß bei dieser Gelegenheit ein in ihrem bisherigen Sonderfahrtenprogramm noch nicht vorgesehenes Reiseziel, das Ddertal. Und so fuhr die Autokolonne über Bismarck, Tiefensee, den Gamengrund und Wriagen zur Ober, passierte die große Oberbrücke bei Jäckelid und landete schließlich in dem hübsch am Fisch gelegenen Gütebiede, wo Rittgaspause gemacht wurde. Auf der Rückfahrt ging es über Oberberg und Liepe noch zum Schiffshebewerk Niederfinow und dann zu einer nochmaligen kurzen Rast zum Böhsee bei Strausberg, von wo man um 9 Uhr nach Berlin zurückfuhr, so daß die Ausflugswagen kurz nach 10 Uhr wieder am Leipziger Platz eintrafen.

## 12 000 Mark Werksachen... plötzlich weg.

Warum Leute, die es dazu haben, sich für ihre Kostbarkeiten ein Tresorfach zu mieten, trotzdem mit einem Vermögen in einer Handtasche herumlaufen, ist eigentlich nicht zu verstehen.

Einer Dame aus Chemnitz, die es so machte, ist es sehr übel ergangen. Sie kam von der Ostsee, hatte ihr großes Gepäck aufgegeben, und trug Juwelen und Schmuck im Wert von 12 000 Mark, die sie natürlich an der Ostsee hatte zur Schau stellen müssen, in einem Handkofferchen bei sich. Mit dem kostbaren Kofferchen ging sie in das „stumme Postamt“ am Zoo, stellte es neben sich, telephonierte, und als sie weggehen und das Kofferchen nehmen wollte, war es verschwunden. Nun trauert die juwelenelegante Dame aus Chemnitz in Tränen um ihre geliebten Juwelen, und die Berliner Polizei bemüht sich, ihr die zwei mit Saphiren und Brillanten besetzten Halsketten, die Armbänder, Ringe und sonstigen Kostbarkeiten wieder herbeizuschaffen.

## Erholung im Berchtesgadener Land.

Im äußersten Südosten Bayerns liegt das Berchtesgadener Land, dessen Hauptorte Bad Reichenhall und Berchtesgaden sind, eine Landschaftsinionie von heroischem Charakter mit Felsen, Bergen, Wald, und Wasser, Stätten der Erholung, wie sie schöner und angenehmer wohl kaum gedacht werden können. Alle jene Mitglieder der Organisationen der freien Arbeiter, Angestellten- und Beamtenbewegung, die noch in diesem Jahre in Bad Reichenhall, Berchtesgaden oder den umliegenden Orten Quartier nehmen wollen, wird empfohlen, sich vorher mit dem 1. Vorsitzenden der SPD, Reichenhall, Stadtrat Hans Gugg, Bad Reichenhall (Oberbayern), Hofrat-Hall-Str. 5/0, in Verbindung zu setzen, der geeignete Quartiere bei Gefinnungsfreunden nachweist und auch über die alpinen Schutzhütten des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ Auskunft erteilt.

## Fernsprech-Schnellverkehr mit Falkensee.

Am 29. September um 20 Uhr wird der Fernsprechschnellverkehr zwischen Berlin und Falkensee aufgenommen. Von diesem Zeitpunkt an sind Gespräche von Berlin nach Falkensee nicht mehr beim Fernamt Berlin anzumelden. Die an eine Vermittlungsstelle mit Handbetrieb angeschlossenen Berliner Teilnehmer melden Gespräche nach Falkensee bei ihrer Vermittlungsstelle an. Die Berliner Selbstanschlußteilnehmer erhalten Verbindung mit Falkensee

**ODOL-ZAHNPASTA**  
mit Lingner-Gedenkmünzen... sie haben Kaufkraft.



# Der Unfug der Kontingentierung.

## Verärgerung des Auslandes. — Verteuerung im Inlande.

Am Donnerstag wird eine deutsche Regierungsdelegation auf Reisen gehen, um mit den betroffenen Ländern über die geplanten Einfuhrkontingente zu verhandeln. Daß man wenigstens noch verhandeln, nicht einfach dekretieren will, das ist der einzige Lichtblick in der ganzen Angelegenheit. Dabei ist allerdings vorausgesetzt, daß es sich nicht um Höflichkeitsbesuche handelt, zu welcher Vermutung die Redewendung des Herrn von Braun Anlaß geben könnte, daß die Kontingentierung nach Art und Ausmaß beschlossene Sache sei. Daß die Gesamtregierung mit dem forschenden Auftreten des Agrarministers in München nicht ganz einverstanden zu sein scheint, jedenfalls nach dem anscheinend unerwarteten Echo gerade in den Regierungsblättern, das zeigt Warnebolds Rede gegen die Autarkiepläne, das zeigt auch die Tatsache, daß die Verordnung über die Kontingente erst in 14 Tagen veröffentlicht werden soll.

Wenn auch die Liste der zu kontingentierenden Waren beschränkt ist und wenn auch die Kontingentierung selbst zunächst nur bis zum 31. Dezember dieses Jahres gelten und später periodisch festgelegt werden soll, in der Begründung hat Herr von Braun sich die Agitationsphrasen des Landbundes voll zu eigen gemacht, obwohl der Minister selbst betonte, daß die Schrumpfung der Kaufkraft die Agrarfrage verschärft hat. Das Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit aber von 1928/29 bis 1931/32 ist der ausschlaggebende Grund für den Verfall der Preise der landwirtschaftlichen Veredelungsgüter, für den Rückgang des Produktionswertes der Vieh- und Milchwirtschaft von 6,4 auf 4,3 Milliarden Mark. Daß die Einfuhr daneben eine verschwindende Rolle spielt, das hätten die Herren Kommentatoren der Reichsregierung unter anderem aus dem agrarwissenschaftlichen Standardwert der Friedrich-List-Gesellschaft ersehen können. Daß bei einer solchen Einstellung die Kontingentierung doch nur ein Mittel zu einer Preis-erhöhung, nicht einfach zur Erzeugung der ausländischen durch inländische Produkte sein soll, wird von einigen Stellen offen zugegeben. Das gilt für Butter, Milch und Käse, das gilt selbstverständlich für die Beschränkung der Einfuhr von Schmalz und Speck. Hat man immer noch nicht begriffen, daß bei der bezimierten Wollensaufkraft jede Verteuerung den Preisdruck für andere Waren, den Abfahrtsrückgang für landwirtschaftliche Produkte verschärfen muß?

Und nun die Liste der Waren, deren Einfuhr kontingentiert werden soll: alle Sorten Kohl, Tomaten, Zwiebeln, Schnittblumen, Tafeltrauben, Obst, Papier- und Radelstichtholz, Schlachtrinder, Speck und Schmalz, Butter, Käse, Erbsen, Reisabfälle, Karpfen. Bei einer Reihe dieser Posten ist die Einfuhr in den letzten Jahren teilweise erheblich zurückgegangen, so bei Tomaten,

Obst, Trauben, Holz, Butter. Wenn die Obst- und Holz- und Butter-Importeure verhältnismäßig hoch ist, dann deshalb, weil es hochwertiges deutsches Obst in genügender Menge nicht gibt, eine Folge der verfehlten, großagrarfreundlichen Zuckerrückhaltspolitik seit den achtziger Jahren. Wenn die Reisobfälle mehr und mehr als Futtermittel benutzt werden, dann ist das eine Folge der unsinnigen Verteuerung von Futtergetreide, wieder den Großagrarern zuliebe. Jetzt sollen die Fehler der deutschen Agrarpolitik mit solchen Mitteln gutgemacht werden! Selbstverständlich wird der Landbund sich mit dieser Liste nicht zufriedengeben. Schon hört man, daß auch Bananen in die Kontingentierung mit einbezogen werden sollen. Wenn man erst einmal den Anfang gemacht hat, wo wird man dann aufhören?

Was in allem umfaßt der Wert der betroffenen Einfuhr etwa 10 Proz. der deutschen Gesamteinfuhr. Und dafür will man den größten Teil des deutschen Fertigwarenexports, von dem etwa acht bis neun Millionen Deutsche leben, aufs Spiel setzen? Denn die von dieser verärgerten, in ihrer Auswirkung ganz unübersehbaren Maßnahme betroffenen Länder sind gerade Deutschlands beste Kunden. Die Sowjetunion, mit der der deutsche Außenhandel im ersten Halbjahr 1932 mit 209 Mill. Mark aktiv war, wird betroffen von der Beschränkung der Einfuhr von Erbsen und Holz. Die Niederlande (Ausfuhrüberschuß 181 Mill. Mark) sind beteiligt an der Einfuhr von Kohl, Tomaten, Blumen, Speck, Butter und Käse. Dänemark (Ausfuhrüberschuß 28 Mill. Mark) wird geschädigt bei der Einfuhrbeschränkung für Schlachtrinder, Schmalz und Butter; Italien (Ausfuhrüberschuß 34 Mill. Mark) bei einer Reihe von Waren, vor allem Kohl und Trauben. Und so geht das weiter. Die Südafrikanische Union wird zweifellos den Handelsvertrag mit Deutschland, an dem es bisher trotz der Beschlüsse von Ottawa festgehalten hat, kündigen, wenn die Beschränkung der Obst- und Holz-Importeure zur Tatsache wird.

Und wenn man sich dann erinnert, welchen Sturm der Entrüstung die deutsche Butterzollerhöhung auslöste, wie sehr die deutsche Ausfuhr schon darunter zu leiden hatte, dann soll man glauben, Holland werde neue Hemmnisse auf ein Viertel seiner Ausfuhr nach Deutschland, Dänemark Beschränkungen auf fast die Hälfte ohne Gegenmaßnahmen hinnehmen? Aber Herr von Braun hat die Hoffnung, daß es unseren Nachbarländer gelingen möge, durch Beschränkung ihrer Erzeugung das Gleichgewicht ihrer Wirtschaft wiederzufinden. (!) Daß die ganze Kontingentierungspolitik mit ihrer bewußten Verteuerungsabsicht der Landwirtschaft nicht helfen kann, die deutsche Exportindustrie ruinieren wird, das haben andere, der Regierung nahestehende Blätter schon ungeschminkt ausgesprochen.

# Heße der Scharfmacher.

## Die letzten Reste der Sozialversicherung sollen zertrümmert werden.

In der berichtigten Lohnbau-Rotverordnung „zur Behebung der Wirtschaft“ vom 4. September wurde der Regierung bekanntlich auch eine Generalvollmacht zu unbefristeten Abbaumaßnahmen auf dem Gebiete der Sozialversicherung gegeben. Es war zunächst noch unklar, was damit beabsichtigt sein könnte. Denn in ihrer ersten Rotverordnung vom 14. Juni hatte die Regierung Papen ohnehin schon alle Renten aus der Sozialversicherung auf das denkbar niedrigste Hungerminimum herabgesetzt. Aber ein Artikel, der jüngst in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ erschien, läßt ahnen, in welche Richtung die Sehnsüchte der schwerindustriellen Scharfmacher gehen, deren Wünsche für die Regierung Papen so gut wie Befehle sind.

In diesem Artikel wird zunächst eine töstliche Milchmädchenrechnung aufgemacht, die in dem Ergebnis gipfelt, daß „mehr als 2 1/2 Millionen Deutsche ihren Lebensunterhalt aus öffentlichen Mitteln erhalten, ohne daß von ihnen dafür produktive Werte für die deutsche Volkswirtschaft geschaffen werden“. Mit welcher beispiellosen Demagogie diese Zahl errechnet ist, sei nur durch einige Hinweise illustriert.

In diesem famosen Artikel werden sämtliche öffentliche Beamte und Angestellte (außer Bahn und Post) zu unproduktiven Rentenempfängern gestempelt.

Dabei liegt jene primitive Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit zugrunde, die sonst gerade von kapitalistischer Seite immer aufs schärfste abgelehnt und als angebliche sozialistische Vorstellung verschrien wird. Es werden weiterhin lächerlich übertriebene Schätzungen über die Zahl der Familienangehörigen gemacht. So werden beispielsweise den 950 000 Empfängern von öffentlichen Ruhegehältern und Hinterbliebenenbezügen 3 750 000 Familienangehörige hinzugezählt; das würde also bedeuten, daß jeder pensionierte Beamte und jede Beamtin im Durchschnitt noch weitere vier Personen vollständig oder nahezu vollständig zu erhalten hat.

Der übelste Kniff besteht aber darin, daß sämtliche Empfänger von Sozialversicherungsrenten und von Kriegsbeschädigten- und Kriegerehnenrenten voll in Rechnung gestellt werden.

Nur bei den Unfallrentnern wird etwas genauer verfahren. Jede kleinste Rente, die ein Kriegsbeschädigter oder die Witwe eines Invalidenversicherter oder eines Kriegesgefallenen erhält, wird also mitgerechnet und dann so getan, als würde damit schon der „Lebensunterhalt“ des Rentenempfängers aus öffentlichen Mitteln befristet, wenn es sich auch oft nur um ein, zwei Mark wöchentlich handelt.

Mit diesen frechen Entstellungen soll zu einem sehr durchsichtigen Zweck Stimmung gemacht werden:

für die vollständige Zertrümmerung der letzten noch gebliebenen Reste der Sozialversicherung.

Denn was soll es anders bedeuten, wenn als Schlussfolgerung aus dieser famosen Rechnung gesagt wird: „Die beabsichtigten (!) Reformen von Verwaltungs- und Sozialausgaben müssen baldigst Wandel schaffen“. 5 1/2 bis 6 Millionen erwerbslose Arbeiter und Angestellte sind das Resultat der vielgepriesenen kapitalistischen Wirtschaftsführung, an der die Schwerindustrie einen so hervorragenden Anteil hat. Statt darüber schon stillzuschweigen, verhöhnt das schwerindustrielle Scharfmacherblatt noch das Elend der Arbeitslosen durch eine demagogisch verzerrte „Berechnung“ über die Zahl der öffentlichen Rentenempfänger und verbindet damit eine wüste Heße gegen die letzten Reste der Sozialversicherung. So sehen die Geldgeber und Schutzpatrone der Nazis und die Drahtzieher der Regierung Papen aus!

# Der Außenhandel der Schuhindustrie.

## Die Einfuhr fast auf den Nullpunkt gesunken.

Die Einfuhr von ausländischem Schuhwert ist seit dem Jahre 1929 ständig zurückgegangen. Im Laufe dieses Jahres ist sie weiter scharf zusammengeschrumpft und nähert sich fast dem Nullpunkt. Im Juli und August wurden im ganzen 6900 bzw. 12 000 Paar importiert. In den ersten acht Monaten d. J. betrug der Wert der Leder- und Stoffschuhimporte nach Deutschland nur noch 1,71 gegen 4,76 Mill. Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Allerdings ist auch die Ausfuhr der deutschen Schuhindustrie infolge ausländischer Zollmaßnahmen und der internationalen Devisenschwierigkeiten ganz erheblich zurückgegangen. Vom Januar bis August 1932 betrug der Export noch 6,45 gegen rund 22 Mill. Mark in den ersten acht Monaten des Vorjahres. Dementsprechend ist der Exportüberschuß der Schuhindustrie von 17,2 auf 4,73 Mill. Mark vom Januar bis August gesunken.

# Schlechtes Geschäft der Funfindustrie.

## Die Folgen der Absperrungspolitik.

Nach Feststellungen des Konjunkturinstituts sind die Aussichten für die weitere Entwicklung der deutschen Funfindustrie alles andere als günstig. Wenn in den letzten Monaten nur 28 Proz. (im Vorjahr 34 Proz.) der vorhandenen Arbeitsplätze besetzt und nur 25 Proz. der möglichen Arbeitsstunden tatsächlich geleistet wurden, dann ist das zwar überwiegend eine Folge der Saisonschwankungen. Die Zeit der guten Beschäftigung beginnt stets im August und fiel diesmal mit der Funfindustrie zusammen. Inzwischen aber haben sich die Ausfuhrmöglichkeiten infolge der internationalen Absperrung (Zölle, Kontingente, Devisenzwangswirtschaft) so stark verschlechtert, daß für die Beschäftigungsmöglichkeit der Funfindustrie ziemlich schwarz gesehen werden muß, da so ein sehr erheblicher Teil der Produktion in früheren Jahren ausgeführt wurde.

In den Monaten Januar bis August ist die Ausfuhr von Funfgeräten mengenmäßig um 48 Proz., wertmäßig um 50 Proz., gegenüber dem Vorjahre (von 44 auf 21,8 Mill. M.) gesunken. Die Ausfuhr nach Großbritannien — bisher Deutschlands bester Kunde — ging auf ein Sechstel, von 7,1 auf 0,8 Mill. M. zurück. Um mehr als 60 Proz. ging die Ausfuhr nach den nordischen Ländern, nach Italien und Argentinien zurück. Nur die Ausfuhr nach Frankreich ist von 3,7 auf 4,1 Mill. M. gestiegen; damit ist Frankreich an die erste Stelle gerückt. An zweiter Stelle stehen die Niederlande, nach denen die Ausfuhr von 3,6 auf 2,5 Mill. M. zurückging. Aber gerade hier drohen neue Kontingente, wenn nämlich die deutsche Kontingentierungspolitik für die Agrareinfuhr fortgesetzt wird.

Vor weiteren Rufenaufträgen? Unter der Führung der D-Bank ist jetzt die Bildung des Kreditkonsortiums Rußland X. zustande gekommen. Dem Konsortium steht ein Kreditbetrag von 110 Millionen Mark zur Verfügung. Zur Finanzierung sind vom russischen Staat garantierte Wechsel zugelassen, deren Verfall spätestens Ende 1935 eintritt. Das Zustandekommen dieses Kreditkonsortiums wird die Verhandlungen über neue Rufenaufträge, die gerichtlich bereits eingeleitet sind, erleichtern.

# Subventionen bei leeren Kassen.

## Moratorium für die Landwirtschaft. — Kapitalmarkt in Unruhe.

Die von der Reichsregierung angekündigte neue Zinsregelung für landwirtschaftliche Schulden läuft daraus hinaus, daß eine zwangsweise Zinsstundung eintritt. Damit ist die zwangsweise Zinsstundung, die von den Agrariern verlangt, aber von sämtlichen Sachverständigen abgelehnt wurde, fallengelassen worden.

Auch bei diesem Teil der kommenden Rotverordnung stehen die Einzelheiten keineswegs fest. Bisher wurde von der Regierung nur mitgeteilt, daß die Zinsen für landwirtschaftliche Hypotheken zwangsweise für die nächsten zwei Jahre um 2 Proz. jährlich herabgesetzt werden sollen. Man will die Zinsen aber gleichsam an das Kapital anstücken, und zwar in der Art, daß das geschuldete Hypothekensumme von 100 auf 104 Proz. anwächst. Aber die zusätzlichen 4 Proz. Kapitalkosten werden nicht verzinst und sind — bei zurückzahlbaren Hypotheken, den sogenannten Kapitalhypotheken — nur dann voll zurückzuzahlen, wenn die Hypotheken erst ab 1940 fällig bzw. zurückverlangt werden. Bei früheren Fälligkeiten oder bei Kündigung tritt eine Ermäßigung oder gar ein Wegfall der Rückzahlung ein.

Es wird aber nicht nur ein Teil der Verzinsung gestundet, sondern bei den erwähnten Kapitalhypotheken auch die Rückzahlung, falls die Hypotheken bis zum 1. April 1935 fällig werden.

Das bedeutet nichts anderes als ein Moratorium von 2 1/2 Jahren für landwirtschaftliche Hypotheken.

In der Rede des Reichsernährungsministers Freiherrn v. Braun in München wurde der Öffentlichkeit dieses weitgehende Moratorium unterschlagen. Erst später erfuhr man davon. Die Regierung scheint der Auffassung zu sein, daß es besser ist, der Öffentlichkeit tropfenweise beizubringen, wie umfassend die neue Subvention an die Landwirtschaft ausgefallen ist. Die Art, wie heute wichtige gesetzgeberische Akte dem Volke mitgeteilt werden, ist auch ein Stück der „grundtätigen neuen Staatsführung“.

Wenn man jemandem etwas schenkt, muß immer einer da sein, der das Geschenk bezahlt. Bei dem Zinsersatz und der Rückzahlungssperre für landwirtschaftliche Hypotheken handelt es sich um die Frage, wie

die Gläubiger die Zinsverluste und die Zahlungsausfälle tragen

sollen. Herr von Braun hat in seiner Rede auch hier noch wichtige Punkte im Dunkel gelassen.

Die Pfandbriefinstitute, die jetzt durch die Zinsstundung bei den Hypotheken hohe Ausfälle erleiden, müssen nach wie vor die gleichen Zinsen für ihre ausgegebenen Pfandbriefe zahlen. Von ihnen werden die Pfandbriefinstitute, deren Engagements zu mehr als 10 Proz. von der Zinsstundung betroffen werden, durch eine Reichshilfe entschädigt. Die Pfandbriefbanken sind aber

bei der gesamten landwirtschaftlichen Grundbesitzverpfändung in Höhe von 7,5 Milliarden

nur mit 3,3 Milliarden Mark beteiligt, und hieron sind noch die Banken in Bezug zu bringen, deren Engagements unter 10 Proz. ihres Pfandbriefsummens liegen, so daß der Kreis der Entschädigten noch geringer zu veranschlagen ist.

Alle übrigen Hypothekengläubiger der Landwirtschaft, darunter in erster Linie die Sparkassen mit annähernd einer Milliarde agrarischer Hypotheken, die öffentlichen und privaten Versicherungsgesellschaften und die Masse der privaten Hypothekengläubiger müssen die Zwangsmaßnahmen der Zinsstundung bzw. Streichung

und das Zahlungsmoratorium als notverordneten Verlust hinnehmen.

Völlig unklar ist noch, woher das Reich bei seinen leeren Kassen die Gelder für die Entschädigung der genannten Pfandbriefbanken nehmen will. Die hierfür erforderlichen Mittel schätzen wir für die beiden Stundungsjahre auf 180 Millionen Mark.

Von einer Darabfindung kann bei der Ebbe im Reichsfinanzministerium keine Rede sein.

Das Reich wird also nur mit Schamaneismen beibringen können, ein Ausweg, den man auch bei der geplanten Sanierung der agrarischen Genossenschaften beschreiten wird. Daß die Regierung damit den schwer daniederliegenden Kapitalmarkt erheblich vorbelastet und seine Erholung, die eine elementare Voraussetzung für jähbare Wirtschaftsbelebung ist, unterbindet oder zum mindesten verzögert, liegt auf der Hand.

Der wundeste Punkt bei dem Zinsstundungsprojekt liegt aber bei den Landbesitzern. Die Verordnung sieht vor, daß die Institute, die notleidend sind, den Zuschlag der gestundeten Zinsen zur Hypothek nicht erhalten. Diese Bestimmung ist für die Landbesitzer von außerordentlicher Bedeutung, die sich in sehr prekärer Lage befinden. Diese Anstalten, die ausschließlich das landwirtschaftliche Kreditgeschäft betreiben, werden vielfach mit Mühe und Not zum kommenden 1. Oktober in der Lage sein, ihre Pfandbriefzinsen zu zahlen. Hier werden auch die Pfandbriefbesitzer mit stärkeren Verlusten rechnen müssen. Die Lage ist noch völlig ungeklärt, ob die Landbesitzer auf Grund der jetzt veröffentlichten neuen Bestimmungen des Obligationengesetzes Gläubigerversammlungen einberufen oder ob das Reich seine Ermächtigung benutzen und die Generalgarantie der Landbesitzer aufheben wird. Eine Aufhebung der Generalgarantie, welche als

die entscheidende Sicherheit bei landwirtschaftlichen Pfandbriefen

anzusprechen ist, würde natürlich dem landwirtschaftlichen Kapitalmarkt den letzten Rest geben.

Diese zweite Zinsstundungsaktion steckt also noch voller Rätsel und Unklarheiten. Die Börse hat auch entsprechend reagiert und von der erwarteten Belebung des Rentenmarktes war keine Rede. Die Brünningsche Zinsstundung im Dezember hat die Zinslast der Landwirtschaft von 1,01 auf 0,85 Milliarden Mark verringert, die jetzt erfolgte Stundung ermäßigt die Zinslast auf 710 Millionen.

Die Landwirtschaft spart also noch den beiden zwangsweisen Zinsstundungen rund 300 Millionen Mark Zinsen.

Kein Zweifel, daß für zahlreiche solide Betriebe diese Entlastung zur Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit führen wird. Diese Opfer der Gläubiger werden aber im Gesamteffekt wirkungslos verpuffen, weil auch diese neue Entlastung verbunden mit den übrigen agrarischen Subventionen die bis auf den Grund faulen und lebensunfähigen Großbetriebe nicht zur produktiven Leistung zurückführen kann. Die Erhaltung dieser überschuldeten und zusammengebrochenen Betriebe, deren Aufteilung und Besiedelung als „Agrarvolksheimismus“ gilt, ist aber das Kernstück dieser verfehlten Rotverordnung.

Die deutsche Rohstahl- und Walzwerkserzeugung ist im August noch etwas gesunken. Es wurden arbeitstäglich 15 402 Tonnen Rohstahl erzeugt gegen 16 472 im Juli und 26 536 Tonnen im August vorigen Jahres. Die arbeitstägliche Walzwerksproduktion betrug nur 9950 gegen 11 984 Tonnen im Juli und 18 719 Tonnen im August vorigen Jahres.



# IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

26]

„Du — fortfahren sagst du — mit dir! Ich — Martin — ich gehöre hierher. — Mich geht das was an hier — alles. Trauriges Land, sagst du? Martin, ich habe mich schon auf der Schule geschämt, wenn „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen wurde — so ein widerwärtiges Lied — so fett zu sprechen, so fett zu denken, den ganzen Mund voll Lebertran. — Die — mit ihrer aufdringlichen Vaterlandsliebe — verstehst du das —: statt ganz demütig und dankbar zu sein, wenn's ihnen nun gegeben ist, was zu lieben — sind sie stolz drauf wie auf ein persönliches Verdienst — und was für sie persönliches Verdienst ist, machen sie für andere zur Pflicht. So'n furchtbarer Quatsch. — Ich hab' damit nichts zu tun — aber ich bin hier hineingeboren, und Sprache, Luft, Geräusche — was weiß ich — ist mir alles vertraut — das Alltägliche hier, das Praktische, Siehebegnügen, die grauen Pflastersteine — ist mir alles so wichtig, und ich liebe das alles auf meine Art. Häßliches Land! Vielleicht. Aber eine Mutter liebt ihr Kind ja auch, wenn's furchtbar häßliche krumme Beine hat — wär' natürlich idiotisch und keine richtige Liebe, wenn sie dann sagte, die Beine wären gerade und schön — soll besser zum Orthopäden laufen und ...“

„Ach ja, Martin, ich weiß, ich bin betrunken ... ich bin so müde — ich werde ...“  
 „Schlafen wirst du.“ Er trägt sie auf's Bett, streift ihr das Kleid ab, zieht ihr die Schuhe aus — die Strümpfe — ach, kein Mann auf der Welt so sanft und gut und zärtlich sein ... und nichts mehr denken, gar nichts mehr denken — keine Hemmung mehr, keinen Widerstand — sich fallen lassen, tief, versinken im Ungewissen, Morgenlofen — feste Arme und glatte Schultern — Martin — ich will ihn behalten ...“

Es ist etwas zerbrochen in Gilgi seit dieser Nacht. — Ach, jemanden gern haben, ist gut — jemanden lieb haben — auch. Aber verliebt sein, so richtig verliebt sein: ein qualvoller Zustand. Rüste eine Medizin dagegen geben. Wie ausgehöhlt ist man innerlich, abgetrennt von Menschen und Dingen, man sieht nicht mehr, hört nicht mehr, alles versinkt — alles wird zutiefst gleichgültig. Quasivol zermürbend wird die Anstrengung, sich noch irgend etwas bedeutungsvoll erhalten zu wollen. Olga, Pit, Kron, Täschler — Namen ohne Inhalt — gestaltlos — weit, unwesentlich. Namen, die sekundenlang auftauchen und verschwinden. — Man sitzt im Büro — Erinnerung an ein Wort, einen Blick zuckt auf — Wirkliches versinkt, nichts fühlt man als dieses schmerzliche körperliche Sehnen in Lippen und Handflächen. Man geht auf sein Zimmer — dünne Staubfahne lagert auf der kleinen Erika-Schreibmaschine, unschlüssig malt man mit dem Zeigefinger kleine wunderliche Wellenlinien und Kreise in den Staub. Man legt sich auf den Divan — denkt, denkt, denkt — aber was man denkt sind keine Gedanken mehr, sind verschwommene Phantasien, rotenne Bilder, Vorstellungen, Begebenheiten — gewesene, künftige — dumm, abern, verdrückt — einen widerlich süßlichen Geschmack bekommt man im Mund — ach, was soll man sich noch wehren — wie und wogegen? Man ist ja so müde ...“

„Kron“, sagt die kleine Behrend, „Kron, ich muß Ihnen was sagen ...“  
 „Ja, ja, was?“  
 „Die Wendt, Kron — ich war in der Buchhaltung, ich hab' alles gehört, was nebenan gesprochen wurde — die Wendt war beim Chef. Sollte gekündigt kriegen — hat die geweint und gesagt, ihre Mutter wär' krank und — Sie — Sie hätten für niemanden zu sorgen, und Ihnen ging's gut — und ist alles nicht wahr, Kron — ich hab' die gesehen mit ihrer Mutter — vorgeföhrt, die Alte läuft wie 'ne Biene und ist quietisch-gesund. — Und nun will der Reuter Sie statt der Wendt ...“

Gott sei Dank, Gott sei Dank — jetzt ist's nicht meine Schuld, ich kann nichts dafür. — Gott sei Dank, ich brauch nicht mehr hierher, niemand wird mich mehr anhehn — ich kann's nicht mehr vertragen, daß man mir ins Gesicht sieht. Und wenn überhaupt —

warum dann erst nächsten Monat, warum dann nicht gleich?

Und Gilgi sitzt am Abend auf der Bettkante — ganz nackt — hat nur alle ihre bunten Ketten umgehängt, rote, grüne, blaue, weiße — aus Glas, Holz und Perlmutter. — „Martin, ich kann dir eine Freude machen, ich geh' nicht mehr ins Büro — man hat mir gekündigt. Traurig? Ach wo. Du siehst doch, wie lustig ich bin, ganz normal lustig. — — — Du, Martin — weißt du wie mir zu Mut ist? Wie einem, der in 'nem Restaurant sitzt und isst und trinkt und weiß, er hat nicht genug Geld, um zu bezahlen — na, dann ist's schon ganz egal — nu immer mehr bestellt — Sekt und Austern und Kaviar — ist man schon mal Zechpreller, dann aber auch richtig und nicht für'n kleines Helles und n' trocknes Brötchen.“

Und schlägt harte Aktivität, fester Lebenswille schon mal um, dann ins wirkliche Gegenteil — nicht in Passivität — in eine Art Selbstzerstörungswut. Ist jetzt alles egal, Zukunft und Schulden und Durcheinander — alles egal —

„Gilgi, mein kleines Maorimädchen ...“  
 Tausend Worte Liebe, tausend dumme Worte, man sinkt darin unter, liegt unter einem Mantel von Worten, machi wohl auch

noch letzte klägliche Anstrengungen, lächerlich zu finden, formt eine freche, triviale kleine Bemerkung, die auf dem Wege vom Hirn zu den Lippen bereits verlorengeht.

Warme, blauhimmelige Tage kommen. Man geht spazieren — „nö, Martin, wirklich —

„Martin, ich weiß nicht — lauf doch nicht so schnell, Martin — also diese häßlichen, grauen, verfaulten Schrebergärten kannst du doch unmöglich schön finden! — Unheimlich hier. Richtig lustmörderartig.“

„Na, das ist doch schon was.“

„Martin, im Sommer — im Sommer da werden wir zusammen im Rhein schwimmen — und die Radrennen sehn im Stadion. Das ist schön, Martin: die Jungens in ihren bunten Trikots, wie sie so abenteuerlich auf dem Rasen lagern. Und das wundervoll aufregende Geräusch der laufenden Räder — sssssst — das fligt um die Kurven herum — Arrrrrrschidumm, da liegt einer — man hat das Gefühl, man ist gefallen. Und alles dampft und kribbelt und siebert vor Aufregung und Spannung — und über allem so'n weiter friedlicher Himmel, und die Luft ist warm und zittrig, die Bogenlampen sehen im Dunkeln aus wie vom Himmel gefallene Sterne ...“  
 „Oh, mein Gilgichen wird poetisch!“  
 „Nur Reflex, Martin.“  
 Es macht Spaß, in der Kölner Altstadt herumzuströhlen. Winkige Häuschen und holpriges Pflaster — heiße Maronen, zehn Stück für'n Groschen! — Man füllt sich Manteltaschen damit und wärmt sich die Fingertippen dran. (Fortf. folgt.)



„n der Kölner Altstadt

das ist mir langweilig, so planlos rumzulaufen, ich geh' gern weite Strecken zu Fuß, aber ich muß irgendwohin gehn.“

„Tun wir doch auch.“  
 „Sooo — wohin gehn wir denn?“  
 „Na, irgendwohin werden wir schon kommen.“  
 „Ja, aber ich muß das vorher wissen.“

## Lisa Matthias: Der Angelpunkt

Sie sitzen sich gegenüber, der junge Chef am Schreibtisch, das hübsche Mädchen vom Lande im Büchseffel.

Er: „Sie haben sich das natürlich ganz einfach vorgestellt, Fräulein ...?“

Sie: „Wieselbach.“

Er: „Wieselbach, so ... sehr hübsch (notiert, für sich) kommt natürlich gar nicht in Frage ... (laut haben sich gedacht: heute werde ich engagiert, morgen bin ich eine große Diva mit Auto, Schloß am See und ...“

Sie (nicht strahlend und schlürft einige Tränen mit der Nase auf).

„Aus!“ — ruft ein gut aussehender Herr im grauen Pullover und springt vom Teppich auf. Niedergehockt, wie ein Leopard vorm Sprunge, hat er den jungen Chef und das hübsche Mädchen belauert.

„Aus!“ ruft er, die Lampen verdröhen. Unzählige Facetten-Spiegel erblinden, hinter den schwarzen Köpfen der Jupiterlampen auf der Galerie tauchen Köpfe auf, es raschelt in den Kabelschlangen, der Kameramann richtet sich auf, streicht sich übers Kreuz und schneuzt sich. Aus der schalldichten Koje des Tonmeisters, die einer Tiefseetaucherglocke ähnlich ist, schreie sich ein verdröhlischer Herr. Ohrarbeit macht mißtrauisch.

Im fahlen Tageslicht wird die gemütliche kleine Bürodecke — gemaltere Holztafelung, üppige Schreibtischlampe — zur kläglichen Kulisse. Leere Bänke treiben im Dämmer des Ateliers. Eine Welt auf Abbruch, ein Chaos. Das alles stand schon in der Bibel. „Es werde Licht!“ sprach der Herr, und die große Tonfilmaufnahme auf dem Sternchen Erde ... ach, nur eine Nebenrolle, kaum dreißig Meter im abendfüllenden Programm der Ewigkeit, konnte beginnen.

Die Stimme des Regisseurs im grauen Pullover schwebte über dem Chaos:

„Sie müssen etwas deutlicher schluchzen, Fräulein Sanders.“ sagte er liebevoll.

„Von Schluchzen war da überhaupt nichts zu hören.“ bekräftigte der mißtrauische Tonmeister.

Um Gotteswillen, bloß keine Nervosität aufkommen lassen — der Regisseur winkt sanft hinter seinem Rücken. Der Tonmeister schwimmt wieder ab.

„Und Herr Lustig ... bei Wieselbach neigen Sie ein wenig mehr den Kopf und lächeln ...“

Herr Lustig, sonnenbraun geschminkt, mit strahlend blauen Augen, ein garantierter Erfolg, entblöht bligende Zähne.

„Ausgezeichnet.“ lobt der Regisseur.

„Genau so habe ich vorhin gelächelt.“ meint Herr Lustig resigniert. Er, jeder Zoll ein Vächler, er sollte nicht wissen, daß er genau Windstärke fünf gelächelt hat? Das wäre gelacht.

„Licht!“  
 Welch eine Welterschöpfung durch einen Schalterdruck! Der Kameramann neigt den ergrauten

Abenteurerkopf vor der Maschine, seine Augen beiten sich in die Samisul-rale des Okulars. Er erteilt Befehle, Scheinwerfer beginnen zu wandern, neue werden herbeigekloppt, leben aus wie zwölf Spiegeleier in einer Riesenpfanne. Monteure, Zangen und Hämmer zwischen Leib und Gürtel geklemmt, jeder eine wandernde Werkstatt, kreisen die kleine Bürodecke ein.

Herr Lustig, nun wieder der junge Chef, beginnt bereits zu lächeln, Fräulein Sanders kontrolliert zum zehntennmal im gebuckelten Silber-Spiegel, den die Garderobiere reicht, den Fall der blenden Stirnlampe.

„Abtuten zur Aufnahme!“ — eine Sirene heult, der Mann mit dem Rummernschloß springt wie ein Harlekin vor das Objektiv, er läßt die Holzpreiße knallen ...

Konzentration, Stille.

Zwanzig Leute, Monteure, Komparsen, die später drankommen, Drehbuchverfasser, Kiebiges aller Art starren auf zwei Menschen, die im blauen Lichtkegel einander anlächeln:

Er: „Sie haben sich das natürlich ganz einfach vorgestellt, Fräulein ...?“

Sie: „Wieselbach.“

Er: „Wieselbach, so ... sehr hübsch.“ Ausgezeichnet, seufzt der Regisseur, nachdem Fräulein Sanders sehr deutlich mit der Nase gelächelt hat. „Ihr habt das diesmal wirklich fabelhaft gemacht, Kinder. Aber da hat doch einer vergessen, die Tischlampe anzuzünden. Wir müssen gleich nochmal ...“

Herr Lustig nickt und lächelt, Fräulein Sanders bittet um den Spiegel.

Der Kameramann läßt ein paar neue Lampen holen. Der Produktionsleiter zerbeißt eine Zigarre und berechnet die Gesteungskosten dieser Szene.

Nur keine Nervosität.

Er: „Sie haben sich das natürlich ganz einfach vorgestellt, Fräulein ...?“

Sie: „Wieselbach.“

Oh, was für brave, willige Kinder seid ihr geplagten Filmschauspieler. Vier Minuten wird dieses Szenchen dauern, eingeschnitten in viele hundert andere. Dafür arbeitet ihr jetzt zwischen Chaos und Welterschöpfung intensiv 56 Minuten lang.

Verne leiden, ohne zu medern.

Nie wieder werde ich ein Wort des Tadels über die Lippen bringen, wenn eure Sonnigkeit erfroren und eure Trauer heißer-resigniert wirkt.

Bierzehn Tage später: der Film wird geschnitten.  
 Einer, der es wissen muß: „Halten Sie die Szene da im Büro für notwendig? Verschleppt bloß das Tempo!“  
 Der Regisseur: „Unbedingt!“

Einer, der es wissen muß: „Ganz meine Meinung!“ (Schneidet die Szene weg.)

Regisseur (hebt beschwörend beide Hände): „Um Gottes willen, das ist doch der Angelpunkt der Handlung!“

Einer, der es wissen muß: „Handlung?“ (Gähnt, frist Kaugummi, gelangweilt.) „Was ist das für ein neues Schlagwort? ... Mir werden Sie nichts erzählen.“ (Schneidet weiter.)

### Corinthianische Handelswege

Handel und Wandel hat sich schon in den ältesten Zeiten der menschlichen Kultur über weite Gebiete erstreckt. Das haben in jüngster Zeit so manche Ausgrabungsergebnisse erkennen lassen, am deutlichsten die großartigen Funde, die der englische Archäologe C. L. Woolley seit einer Reihe von Jahren an der Stätte des alten Ur, der Heimat Abrahams, aus den Tiefen eines unerschöpflich reichen Bodens ans Licht hebt. Wie er in dem demnächst bei J. A. Brockhaus in Leipzig erscheinenden neuen Buch „Mit Hade und Spaten“ hervorhebt, ist es ihm gelungen, ein genaues Bild von den Handelsbeziehungen in weiten Teilen der Erde aus der Zeit vor 3500 Jahren zu gewinnen. So weisen z. B. Geräte und Waffen des Königsfriedhofes von Ur einen bestimmten Provenienz an Nidéal auf. Da das einzige Erz, das Nidéal in diesem Verhältnis enthält, aus Oman am Persischen Golf stammt, so ist daraus mit Sicherheit zu entnehmen, daß die Sumerer das Metall für ihre Behälter aus Oman bezogen haben müssen. Der Lapislazuli, den dieses kunstfertige Volk als Zierat verwendete, konnte nirgends anders herkommen als aus dem Pamirgebirge nordwestlich von Indien. Woolley fand außerdem noch zwei Perlen aus Amazonenstein; das ist ein grüner Stein, dessen nächste Fundstellen in Mittelindien oder in den Gebieten jenseits des Balkassers liegen. „So gleich“, schreibt er, „erhebt vor unserem inneren Auge das erstaunliche Bild eines vorhistorischen Mannes, der als Händler Karawanen über 1000 Meilen von Gebirge und Wüste aus dem mesopotamischen Tal in das Herz Indiens entsandte.“

Milch als Getränk für Schwerarbeiter. In Krupps Werkstätten wurden 1927 nur 200.000 Flaschen Milch getrunken; 1929 war der Verbrauch bereits 1.458.000 Flaschen.

Piccards Stratosphärenflug erfolgte bewußt ohne die Einnahme alkoholischer Genussmittel. Brot, Schokolade, Früchte, fünf Liter Wasser waren die Verpflegungsvorräte.

Der größte Goldklumpen ist kürzlich in Westaustralien gefunden worden. Er hat einen Wert von über 100.000 M. Seine Durchschnittsbreite beträgt 30 Zentimeter, die Länge 65 Zentimeter und die Dicke 7 1/2 Zentimeter.

**CREME MOUSON** Schönheit *entfaltend* Jugend *erhaltend*



